



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Büro für
Chancengleichheit
und Vielfalt

INTEGRATIONS
MONITORING

2013

Die Vielfalt des Alltags macht unsere Welt bunt...

Potsdam
CHANCENGLEICHHEIT

Impressum

Herausgeber: Landeshauptstadt Potsdam - Der Oberbürgermeister

Verantwortlich: Magdolna Grasnick
Beauftragte für Migration und Integration
Tel.: 0331 289 1083
E-mail: gleichstellung@rathaus.potsdam.de

Erarbeitung und
Koordinierung: Sandra König
Mitarbeiterin im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Tel.: 0331 289 1084
E-Mail: gleichstellung@rathaus.potsdam.de

In Zusammenarbeit mit:

Heike Gumz (Geschäftsbereich 1)
Birgit Ukrow (Geschäftsbereich 3)
Juliane Nachtmann (Geschäftsbereich 3)

Potsdam, 30. September 2013

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
1. Integration in der Landeshauptstadt Potsdam	3
2. Integrationsmonitoring der Landeshauptstadt Potsdam	4
3. Menschen mit Migrationshintergrund	7
4. Grundzahlen zur Bevölkerungsstruktur	8
5. Ergebnisse des Potsdamer Integrationsmonitorings	14
5.1 <i>Rechtliche Integration</i>	14
5.2 <i>Bildung</i>	15
5.3 <i>Arbeit und Wirtschaft</i>	20
5.4 <i>Soziale Sicherung</i>	24
5.5 <i>Wohnen</i>	27
5.6 <i>Sprache</i>	27
5.7 <i>Gesundheit</i>	30
5.8 <i>Soziale Integration</i>	35
5.9 <i>Gesellschaftliche und politische Partizipation</i>	36
5.10 <i>Sicherheit</i>	38
6. Ausblick	40

Vorwort

Die Landeshauptstadt Potsdam ist als eine weltoffene Stadt Heimat von Menschen verschiedenster Herkunft – aus über 140 Ländern stammend trägt die Potsdamer Bevölkerung zu unserem bunt gemischten und vielfältigen Stadtbild bei. Kollegenteams, Nachbarschaften, Schulgemeinschaften, Menschen, die miteinander leben und arbeiten, lassen *Integration* alltäglich vor Ort in unterschiedlichsten Begebenheiten real werden.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich zum Ziel gesetzt, Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe zu betrachten, von der alle kommunalen Handlungsfelder tangiert sind. Die Herausforderung, Integration kontinuierlich voranzutreiben liegt demnach sowohl in der Verantwortung der Verwaltung als auch in der Stadtgesellschaft und sollte im Dialog aller Beteiligten der Landeshauptstadt Potsdam gestaltet und verwirklicht werden.

Transparenz über den Stand und Verlauf des Integrationsprozesses anhand objektiver Daten stellt sich dabei als unerlässlich für eine erfolgreiche Gestaltung der Integrationspolitik heraus. Das Integrationsmonitoring 2013 der Landeshauptstadt Potsdam erlaubt diesen objektiven und datenbasierten Einblick in die Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Ausländerinnen und Ausländern im Vergleich zur deutschen Bevölkerung. Das beiliegende Integrationsmonitoring für die drei vergangenen Jahre (2010 bis 2012) zeigt auf, in welchen Handlungsfeldern ein besonderer Integrationsbedarf besteht und wo bereits Fortschritte zu postulieren sind. Das Abbilden des Integrationsstandes in der Landeshauptstadt Potsdam gibt die Basis für die Formulierung von neuen Zielsetzungen in der zukünftigen Integrationspolitik. Auch soll die Fortschreibung des Integrationsmonitorings aus dem Jahr 2010 verdeutlichen, welchen Stellenwert die Integrationsarbeit und das Vorantreiben einer gleichberechtigten Teilhabe aller für die Landeshauptstadt Potsdam einnimmt.

Für die Mitarbeit am Integrationsmonitoring 2013, für die Bereitstellung der Daten und den konstruktiven Austausch, bedanke ich mich sehr beim Bereich Statistik und Wahlen, dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, der Fachstelle Gesunde Landeshauptstadt sowie der Arbeitsgruppe Ausländerbehörde der Landeshauptstadt Potsdam.



Magdolna Grasnick
Beauftragte für Migration und Integration

1. Integration in der Landeshauptstadt Potsdam

Die Integrationspolitik der Landeshauptstadt Potsdam hat sich zum Ziel gesetzt, die Partizipation und die Chancengleichheit von Menschen unterschiedlicher Herkunft zu fördern sowie das interkulturelle Zusammenleben von Zugewanderten und der Aufnahmegesellschaft zu stärken.¹ Dabei kann sie ihre Arbeit auf ein gesamtstädtisches Integrationskonzept gründen, welches die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam im Juli 2008 als Leitlinie bereits verabschiedet hat.² Im Jahr 2012 erschien die Fortschreibung des Integrationskonzeptes, welches sowohl einen Überblick über den Stand der Umsetzung aus dem Integrationskonzept 2008 liefert als auch Impulse für die darauffolgenden Jahre aufzeigt. Ausgehend vom Grundverständnis, dass Integration als gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Leben verstanden wird, berührt Integration verschiedene Bereiche des Zusammenlebens:

- den Bildungs-, Arbeits- und Wirtschaftsbereich,
- den Familien- und Gesundheitsbereich sowie
- die gesellschaftliche und politische Partizipation.

Um die zukünftige Integrationsarbeit adäquat planen und durchführen zu können, ist eine solide Informationsbasis über den Stand des kommunalen Integrationsprozesses sowie eine Erfolgskontrolle der eingeleiteten Integrationsmaßnahmen notwendig. Hierzu soll die vorliegende Fortschreibung des Integrationsmonitorings der Landeshauptstadt Potsdam 2013 einen Beitrag leisten.

¹ Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam, 2008

² Beschluss Nr.08/SVV/0434

2. Integrationsmonitoring der Landeshauptstadt Potsdam

Um eine erfolgreiche Integration vom Zufall zu befreien, ist es unabdingbar den Erfolg bzw. den Misserfolg kommunaler Integrationspolitik feststellbar, nachvollziehbar und bewertbar zu machen. Das Instrument „Integrationsmonitoring“ ermöglicht es, den Integrationsprozess laufend mit Hilfe zu verschiedenen Zeitpunkten erhobener Zahlen und Daten zu beobachten. Für die Integrationspolitik stellt dieses Instrument demnach einen großen Nutzen dar, da Trends erkannt und aufgedeckt werden können, Zielkorrekturen ermöglicht werden und es eine objektive Entscheidungsgrundlage für die Initiierung neuer Integrationsmaßnahmen liefert.

2.1 Zielsetzung

Mit dem ersten Bericht zum Integrationsmonitoring im Jahr 2010 hat die Landeshauptstadt Potsdam einen Datenüberblick zum Stand der Integration der Jahre 2007 bis 2009 vorgelegt. Die Fortschreibung des Integrationsmonitorings im Jahr 2013 verfolgt das Ziel, die Daten der bereits verwendeten Indikatoren³ aus dem Monitoring des Jahres 2010 auf den aktuellen Stand zu bringen sowie Daten der neu hinzugekommenen Handlungsfelder und Indikatoren darzustellen. Die Integrationsentwicklung in den einzelnen Handlungsfeldern wird größtenteils der Jahre 2010 bis 2012 dokumentiert. Darüber hinaus soll der vorliegende Bericht aufzeigen, wo es Integrationsfortschritte gegeben hat und an welcher Stelle weiterhin noch Handlungsbedarfe bestehen.

2.2 Handlungsfelder und Indikatorenset

Die Auswahl der Handlungsfelder und Indikatoren des Integrationsmonitorings der Landeshauptstadt Potsdam 2013 bezieht sich auf die Monitoring-Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), welche ein Indikatorenset in zehn Handlungsfeldern zur Bestandsaufnahme kommunaler Integrationspolitik vorschlägt.⁴ Im ersten Bericht zum Integrationsmonitoring 2010 konnten noch nicht alle empfohlenen Handlungsfelder der KGSt aufgrund nicht vorhandener Daten berücksichtigt werden. Dies wird im vorliegenden Bericht nun ermöglicht, womit sich die zehn Handlungsfelder des Integrationsmonitorings der Landeshauptstadt Potsdam 2013 wie folgt darstellen:

- Rechtliche Integration
- Bildung
- Arbeit und Wirtschaft

³ vgl. Kapitel 2.2 Integrationsmonitoring LHP, 2013

⁴ KGSt, Materialien Nr. 2/2006 Integrationsmonitoring

- Soziale Sicherung
- Wohnen
- Sprache
- Gesundheit
- Soziale Integration
- Gesellschaftliche und politische Partizipation
- Sicherheit

Anhand ausgewählter Indikatoren in den einzelnen Handlungsfeldern kann die Fülle verfügbarer Daten strukturiert und auf den Fokus der Berichterstattung zugeschnitten werden. Das Integrationsmonitoring der Landeshauptstadt Potsdam 2013 bezieht sich demnach größtenteils auf das Indikatorenset der KGSt Empfehlung, führt vereinzelt zusätzliche Indikatoren mit an und wandelt wenige Indikatoren aufgrund nicht vorhandener Daten etwas ab. Jene Abwandlung tritt immer dann ein, wenn Daten zum Merkmal „Menschen mit bzw. ohne Migrationshintergrund“ noch nicht geliefert werden können und eine andere Unterscheidung herangezogen werden muss.⁵ Die folgende Tabelle 1 liefert einen Überblick über die verwendeten Indikatoren (28) in den zehn Handlungsfeldern. Die farblich hinterlegten Zeilen sind Indikatoren, welche zusätzlich von der Landeshauptstadt Potsdam neben der Indikatorenempfehlung der KGSt in das Integrationsmonitoring aufgenommen worden sind.

Tabelle 1: Indikatorenset der Landeshauptstadt Potsdam

Handlungsfeld	Indikator
Rechtliche Integration	1 AusländerInnen mit unbefristetem Aufenthaltsstatus und UnionsbürgerInnen
	2 Mind. 20-jährige AusländerInnen mit einer mind. 20-jährigen Aufenthaltsdauer
Bildung	1 Einzuschulende Kinder mit mind. 3-jährigem Kindergartenbesuch
	2 SchülerInnen von Gymnasien (Jahrgang 8)
	3 SchülerInnen von Oberschulen (Jahrgang 8)
	4 SchulabgängerInnen mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife
	5 SchulabgängerInnen ohne Schulabschluss
Arbeit und Wirtschaft	1 Beschäftigte in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung
	2 Saldo der an- und abgemeldeten Gewerbe
	3 Auszubildende zwischen 15 bis unter 25 Jahren
	4 Arbeitslosenquote insgesamt
	5 Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen
Soziale Sicherung	1 Empfängeranteil von SGB II und Grundsicherung nach SGB XII
	2 Empfängeranteil von SGB II und Grundsicherung nach SGB XII der unter 15-Jährigen
	3 Empfängeranteil von SGB II und Grundsicherung nach SGB XII der mind. 65-Jährigen

⁵ vgl. Kapitel 3 Integrationsmonitoring der Landeshauptstadt Potsdam, 2013

Wohnen	1 Segregationsindex
Sprache	1 Einzuschulende Kinder mit Sprachförderbedarf in der deutschen Sprache in den Potsdamer Kitas
Gesundheit	1 Teilnahme von einzuschulenden Kindern an der U9-Untersuchung 2 Vollständige Teilnahme von einzuschulenden Kindern an den U1 bis U6-Untersuchungen 3 Vollständige Teilnahme von einzuschulenden Kindern an den U7 bis U9-Untersuchungen (ohne 7a) 4 Einzuschulende Kinder mit medizinisch relevanten Befund
Soziale Integration	1 Binationale Ehen und eingetragene Lebenspartnerschaften 2 Wohlfühlen in der Landeshauptstadt Potsdam
Gesellschaftliche und politische Partizipation	1 Mitglieder in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) 2 Kommunale Beschäftigte
Sicherheit	1 Tatverdächtigenbelastungszahl für alle Diebstahlsdelikte

Quelle: eigene Darstellung

3. Menschen mit Migrationshintergrund

In der amtlichen Statistik wurde vor 2005 nur zwischen Deutschen und Ausländern bzw. Ausländerinnen unterschieden. Damit werden alle Personen bezeichnet, die in Deutschland leben und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen bzw. nicht besitzen.

Seit einigen Jahren hat sich allerdings die Erkenntnis durchgesetzt, dass diese einfache Unterscheidung nicht mehr aussagekräftig genug ist, da sie der Heterogenität der Menschen mit bzw. ohne deutsche Staatsangehörigkeit nicht gerecht wird. So sind viele Deutsche im Ausland geboren und als (Spät-) AussiedlerInnen nach Deutschland zugewandert. Eine zunehmende Anzahl von Personen wurde im Ausland geboren und hat das Recht auf Einbürgerung in Anspruch genommen. Auf der anderen Seite leben viele Menschen als AusländerInnen in Deutschland, die hier geboren worden sind und keine eigene Migrationserfahrung haben.

Um Aussagen über Personen mit Zuwanderungsgeschichte machen zu können, wurden daher durch das Statistische Bundesamt erstmals im Rahmen der Mikrozensususerhebung 2005 Daten zu „Menschen mit Migrationshintergrund“ erhoben. Dazu ordnet das Statistische Bundesamt folgenden Personengruppen das Merkmal „Menschen mit Migrationshintergrund“ zu:

- zugewanderten Ausländern und Ausländerinnen,
- in Deutschland geborene AusländerInnen,
- eingebürgerte AusländerInnen,
- SpätaussiedlerInnen
- sowie Kinder mit zumindest einem Elternteil, das eines der genannten Merkmale erfüllt, soweit diese ihren Wohnsitz in Deutschland haben.⁶

Anzumerken sei an dieser Stelle, dass der überwiegende Teil der Daten in den Kapiteln 4 und 5 bisher lediglich eine Differenzierung zwischen Deutschen und Ausländern bzw. Ausländerinnen ermöglicht. In den Handlungsfeldern „Bildung“ sowie „Gesundheit“ wird zusätzlich als Differenzierungsmerkmal die Muttersprache (deutsch/ nicht deutsch bzw. zweisprachig) herangezogen. Dies resultiert daraus, da keine anderen Angaben vorhanden waren, um auf einen bzw. keinen Migrationshintergrund schließen oder um zwischen *deutsch* bzw. *ausländisch* unterscheiden zu können. Eine Ausweitung auf die Personengruppe „Menschen mit Migrationshintergrund“ wird für die Zukunft dringend geboten, ist derzeit aufgrund der eingeschränkten Datenverfügbarkeit für den Großteil der Handlungsfelder im Integrationsmonitoring der Landeshauptstadt Potsdam 2013 jedoch noch nicht realisierbar.

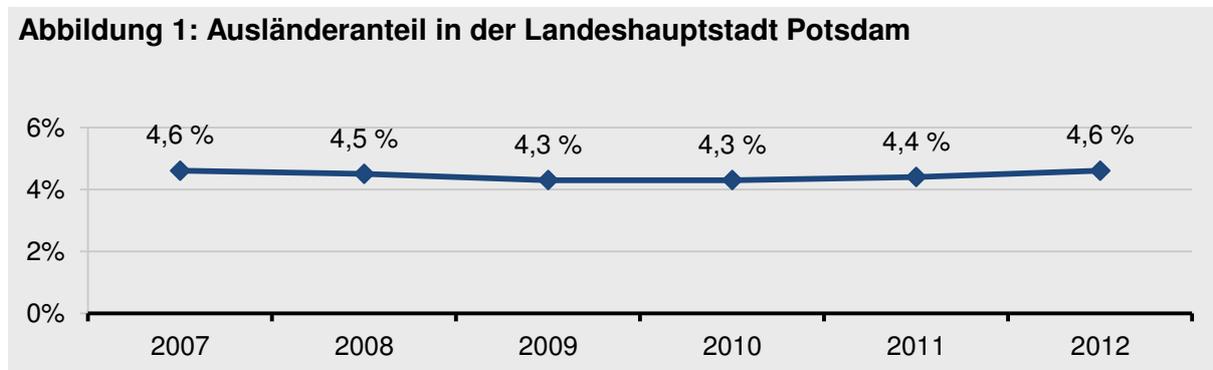
⁶ KGSt, Materialien Nr. 2/2006 Integrationsmonitoring

4. Grundzahlen zur Bevölkerungsstruktur

Im folgenden Kapitel werden zunächst die wichtigsten Grundzahlen der Potsdamer Bevölkerungsstruktur dargestellt, um die Ergebnisse des Integrationsmonitorings der Landeshauptstadt Potsdam entsprechend bewerten zu können.

4.1 Bevölkerung (deutsch/ nicht deutsch) und Ausländeranteil

In der Landeshauptstadt Potsdam lebten 2012 159.067 EinwohnerInnen, worunter sich 7.275 AusländerInnen befanden.⁷ Der Ausländeranteil an der Einwohneranzahl Potsdams beläuft sich dementsprechend auf 4,6 Prozent im Jahr 2012 und ist im Vergleich zum Vorjahr 2011 (4,4 Prozent) leicht gestiegen.



Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

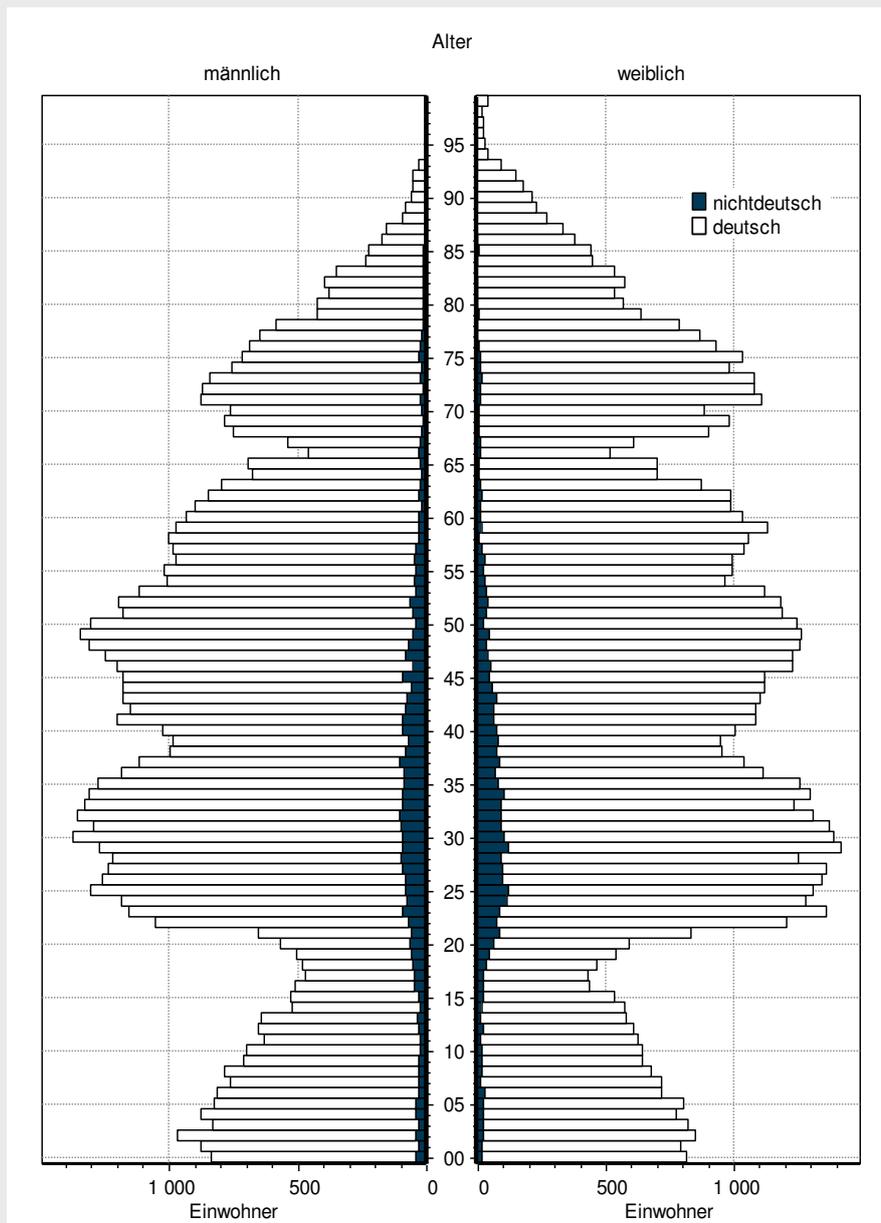
2.677 deutsche EinwohnerInnen der Landeshauptstadt Potsdam hatten 2012 neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit. Die Altersverteilung der deutschen und der ausländischen Bevölkerung der Landeshauptstadt Potsdam zeigt die Tabelle 2 mit einer Unterteilung in die einzelnen Hauptaltersgruppen sowie der Lebensbaum in Abbildung 2.

Tabelle 2: Bevölkerung (deutsch/ nicht deutsch) nach Hauptaltersgruppen

Altersgruppen	deutsch	nicht deutsch
Kinder und Jugendliche (0 bis unter 18 Jahre)	24.002 15,8 %	932 12,8 %
Erwerbsfähige (18 bis unter 65 Jahre)	96.937 63,9 %	5.872 80,7 %
Rentner (65 Jahre und älter)	30.853 20,3 %	471 6,5 %
Insgesamt	151.792 100 %	7.275 100 %

Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

⁷ Stichtag: 31.12.2012

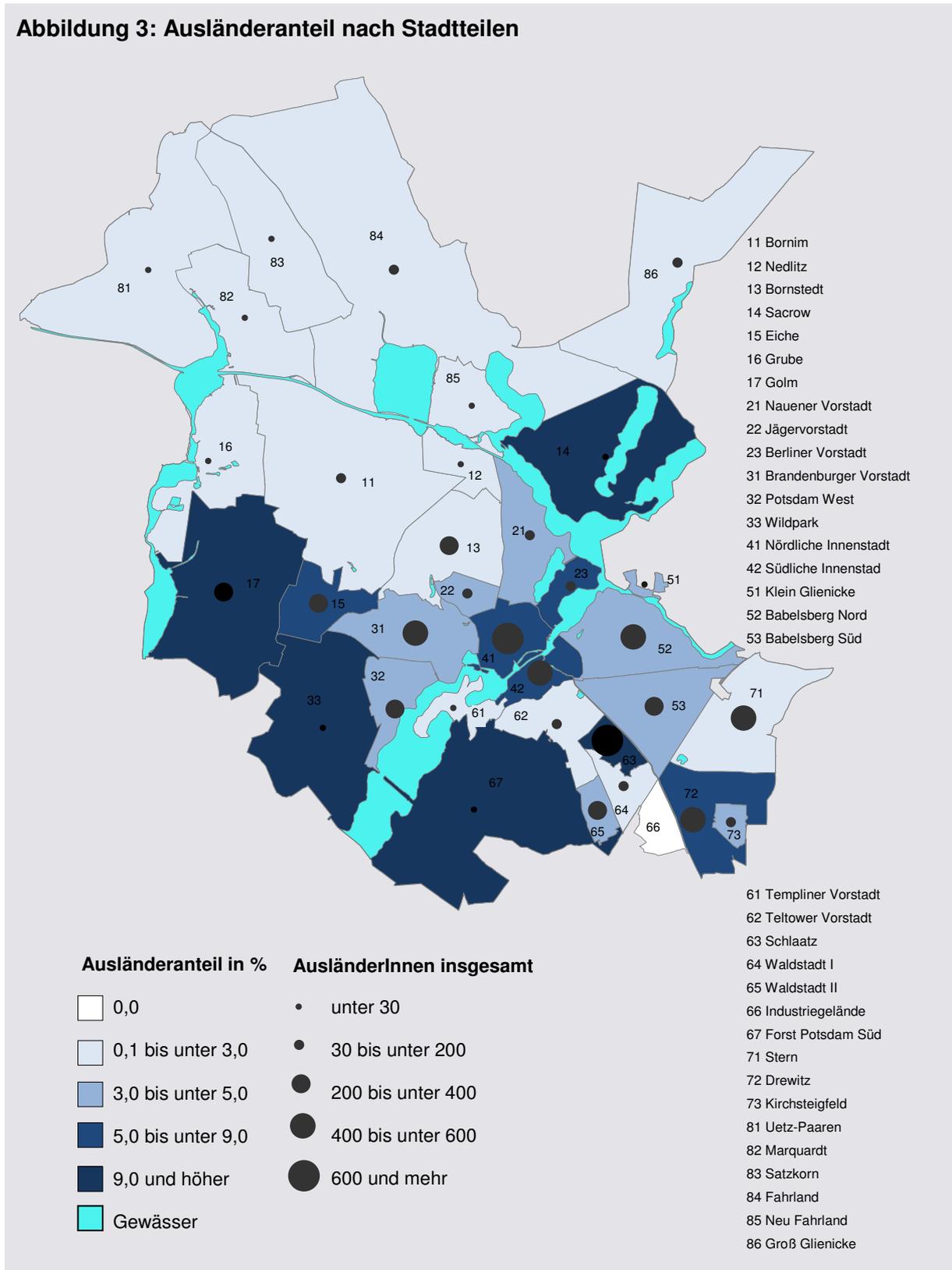
Abbildung 2: EinwohnerInnen nach Alter, Geschlecht und Nationalität

Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

4.2 Ausländische Bevölkerung nach Stadtteilen

In der Abbildung 3 zeigt sich graphisch dargestellt der Ausländeranteil in den einzelnen Stadtteilen der Landeshauptstadt Potsdam sowie die dortige Anzahl der AusländerInnen insgesamt. Am 31.12.2012 wohnten die meisten AusländerInnen im Stadtteil Schlaatz (63) mit 1.027 Personen, was einem Ausländeranteil von 11,4 Prozent entspricht. Darauf folgen die nördliche Innenstadt (41) mit 717 Personen, Drewitz (72) mit 570 Personen, die Brandenburger Vorstadt (31) mit 538 Personen und die südliche Innenstadt (42) mit 479 Personen.

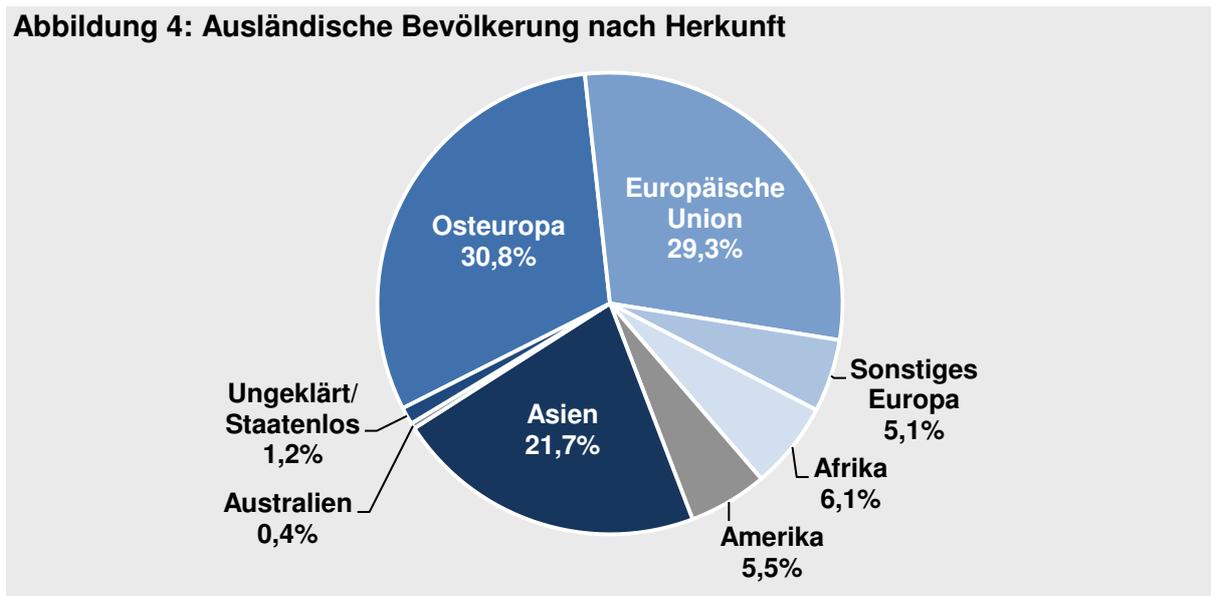
Abbildung 3: Ausländeranteil nach Stadtteilen



Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

4.3 Ausländische Bevölkerung nach Herkunft

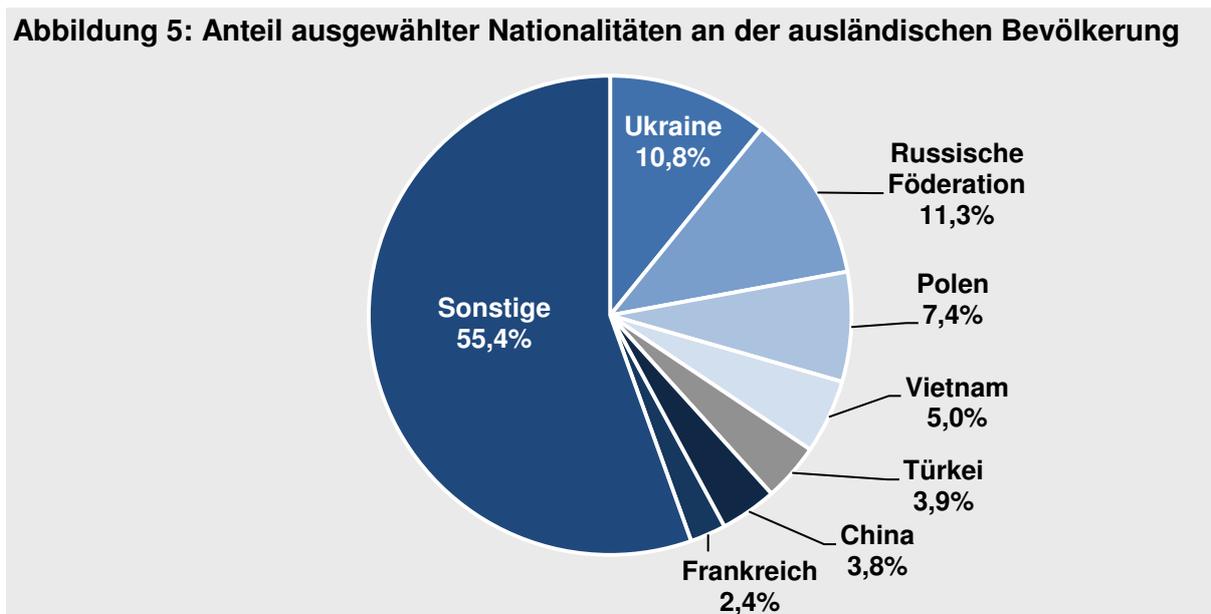
Abbildung 4: Ausländische Bevölkerung nach Herkunft



Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

Die Abbildung 4 zeigt an, dass die größte Gruppe der in Potsdam lebenden, ausländischen Menschen im Jahr 2012 ihre Herkunft in Osteuropa⁸ mit einem Anteil von 30,8 Prozent hatten. Diesem folgten die Gruppen der Europäischen Union (28,3 Prozent) und Asien (21,7 Prozent). Sich anschließend lebten im Jahr 2012 Menschen mit der Herkunft aus Afrika (6,1 Prozent), Amerika (5,1 Prozent), Sonstigem Europa (5,1 Prozent), Ungeklärt bzw. Staatenlos (1,2 Prozent) sowie ein sehr geringer Anteil kam aus Australien (0,4 Prozent).

Abbildung 5: Anteil ausgewählter Nationalitäten an der ausländischen Bevölkerung



Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

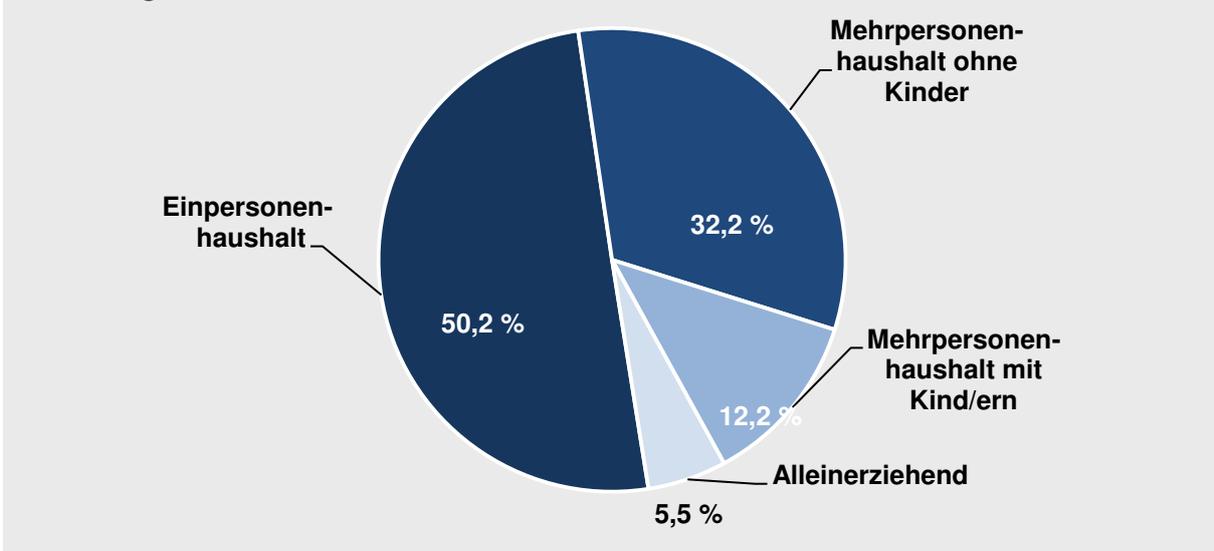
⁸ Zur Gruppe Osteuropa gehören die Länder: Albanien, Bosnien/ Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro, Jugoslawien, Mazedonien, Moldawien, Kosovo, GUS, Russische Föderation, Ukraine, Weißrussland, Serbien (Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Statistik und Wahlen)

Die vorrangig größten Bevölkerungsgruppen der in Potsdam lebenden AusländerInnen im Jahr 2012 gibt die Abbildung 5 wieder. Die Hauptherkunftsländer der in Potsdam lebenden Menschen waren die Russische Föderation mit 11,3 Prozent, die Ukraine mit 10,8 Prozent und Polen mit 7,4 Prozent. Daraufhin lebten ausländische Menschen mit der Herkunft aus Vietnam (5,0 Prozent), aus der Türkei (3,9 Prozent) und China (3,8 Prozent) sowie aus Frankreich mit einem Anteil von 2,4 Prozent im Jahr 2012 in Potsdam. Die Gruppe „Sonstige“, welche alle anderen Herkunftsländer zusammenfasst, verbleibt mit einem prozentualen Anteil von 55,4 Prozent.

4.4 Haushaltsstruktur (deutsch/ nicht deutsch)

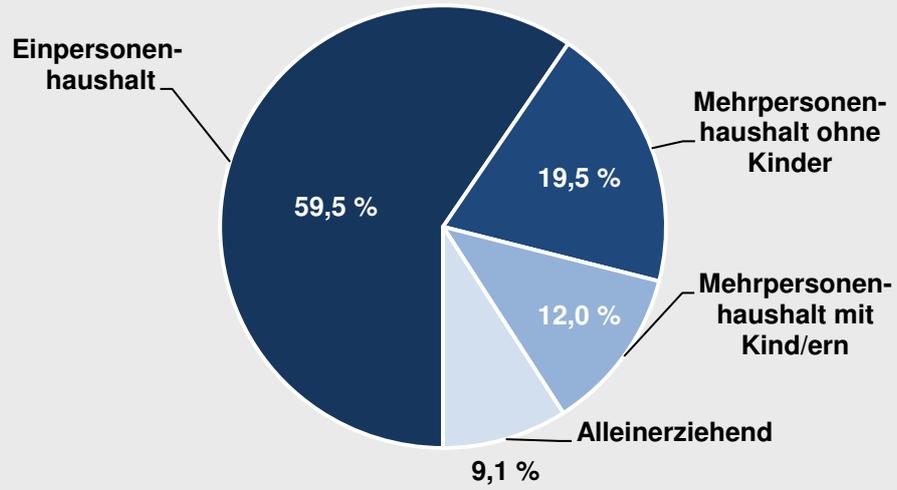
Von den in Potsdam existierenden Haushalten im Jahr 2012 liegt der Anteil mit ausschließlich deutschen Haushaltmitgliedern bei 94,4 Prozent. Dementsprechend lebten in 3,7 Prozent der Haushalte lediglich ausländische Haushaltmitglieder und in weiteren 1,9 Prozent lebten Haushaltmitglieder mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit zusammen.

Abbildung 6: Haushaltstruktur deutscher Haushalte



Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

Die Abbildungen 6 und 7 verdeutlichen, dass der Anteil der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder bei der deutschen Bevölkerung höher ist als bei den ausländischen Haushalten (32,2% im Vergleich zu 19,5%). Etwas stärker abweichend voneinander ist ebenfalls der Anteil der alleinerziehenden Haushalte, welcher bei den deutschen 5,5 Prozent und bei den ausländischen Haushalten 9,1 Prozent beträgt. Auch der Anteil der Einpersonenhaushalte liegt mit 59,5 Prozent bei den ausländischen Haushalten höher als bei den deutschen Haushalten.

Abbildung 7: Haushaltstruktur ausländischer Haushalte

Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

5. Ergebnisse des Potsdamer Integrationsmonitorings

5.1 Rechtliche Integration

Der Rechtsstatus von Zugewanderten hat einen entscheidenden Einfluss auf einen erfolgreichen Integrationsprozess, da über diesen die Teilhaberechte der Zugewanderten definiert werden. Demnach spiegelt der Aufenthaltsstatus den Zustand der Sicherheit bzw. Unsicherheit der Aufenthaltsmöglichkeit in Deutschland wider und beeinflusst ebenso den Zugang zum Beschäftigungs-, Bildungs- und Sozialsystem in Deutschland.

Die vollen bürgerlichen Rechte und Pflichten sind an die deutsche Staatsbürgerschaft gebunden, welche durch Geburt oder Einbürgerung erworben wird. Der Aufenthaltsstatus von AusländerInnen lässt sich in *unbefristet/ dauerhaft sicher* über *befristet/ vorübergehend sicher* bis hin zum *unsicheren Status* einteilen.

Im FreizügG/EU⁹ werden die Einreise und der Aufenthalt von UnionsbürgerInnen sowie deren Familienangehörige geregelt. UnionsbürgerInnen genießen demnach eine besondere Freizügigkeit, haben das Recht auf Einreise, Aufenthalt sowie Arbeit und Ausbildung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und bedürfen für den Aufenthalt keinen Aufenthaltstitel.

Im Handlungsfeld „rechtliche Integration“ bilden folgende zwei Indikatoren den Integrationsstand ab.

5.1.1 Unbefristeter Aufenthaltsstatus

Von den 7.275 AusländerInnen der Landeshauptstadt Potsdam besaßen im Jahr 2012 63,5 Prozent einen unbefristeten Aufenthaltsstatus bzw. waren UnionsbürgerInnen. Eine Differenzierung hierbei nach verschiedenen Nationalitäten ist leider nicht möglich. Der Anteil der AusländerInnen mit einem unbefristeten Aufenthaltsstatus an der Gesamtausländerzahl Potsdams ist somit wie im Vorjahr 2011 (64,1 Prozent) weiterhin überwiegend.

5.1.2 Mindestens 20-jähriger Aufenthalt

Ein mindestens 20-jähriger Aufenthalt der AusländerInnen in Deutschland, gemessen an AusländerInnen im Alter von 20 Jahren und älter, lässt auf einen dauerhaften Aufenthalt derer in Deutschland schließen. Eine vollständige Integration kann durch den rechtlichen Status „AusländerIn“ nach einer solch langen Zeitperiode dennoch weiterhin behindernd wirken.

⁹ Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von UnionsbürgerInnen

AusländerInnen, die über eine mindestens 20-jährige Lebenszeit noch nicht eingebürgert sind, erfüllen entweder nicht die Voraussetzungen nach dem Staatsangehörigkeitsrecht oder haben den Anspruch auf Einbürgerung gänzlich nicht wahrgenommen.

In der Landeshauptstadt Potsdam waren im Jahr 2012 84,5 Prozent der 7.275 AusländerInnen mindestens 20 Jahre alt, von denen wiederum 9,7 Prozent zu diesem Zeitpunkt bereits 20 Jahre und länger in Deutschland lebten. Dies ist im Verhältnis gesehen ein niedriger Anteil.

FAZIT

Ein unbefristeter Aufenthaltsstatus spricht für bessere Integrationsmöglichkeiten und lässt das Potential für mittel- bis langfristige Einbürgerungen steigen. Darüber hinaus wird durch diesen rechtlichen Status ein umfassender Zugang zum deutschen Gesellschaftssystem ermöglicht, was unterstützend zu einem erfolgreichen Integrationsprozess beiträgt.

5.2 Bildung

Das Handlungsfeld „Bildung“ spielt im Integrationsprozess eine zentrale Rolle, da mit Bildung der Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben gelegt wird. Anhand der gewählten Indikatoren wie etwa die Dauer des Kindergartenbesuches oder die Schulform und der Schulabschluss lassen sich die Stufen der Integration aufzeigen. Von einer gelungenen Integration bspw. im Schulsystem kann hierbei dann gesprochen werden, wenn deutsche und ausländische Schulkinder proportional gleich an den einzelnen Schulformen verteilt sind und sich ihre Schulleistungen und -abschlüsse nicht mehr voneinander unterscheiden.

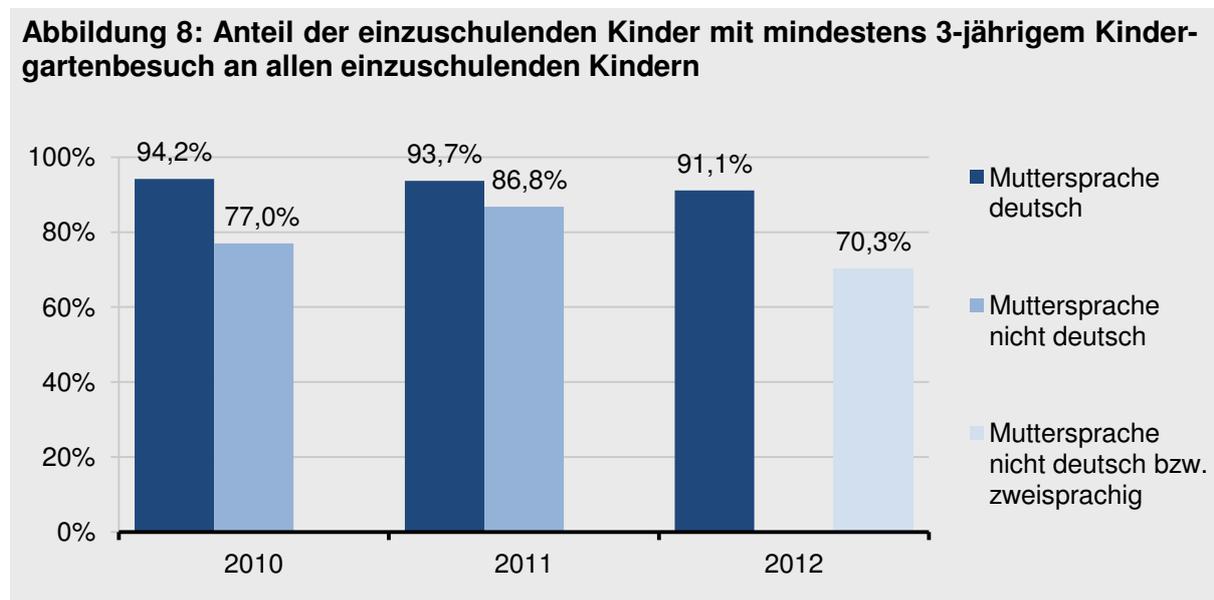
5.2.1 Einzuschulende Kinder mit mindestens 3-jährigem Kindergartenbesuch

Der langjährige Kindergartenbesuch wirkt sich positiv auf den Integrationsprozess aus, weil er bereits im frühkindlichen Alter einen Austausch zwischen deutschen und ausländischen Kindern fördert und ein Bewusstsein für unterschiedliche Herkunft und Lebensweise schafft. Darüber hinaus gilt die frühkindliche Bildung, welche durch langfristige Kindergartenbesuche erzielt wird, als prognostischer Wert für einen leichteren Übergang ins Schulsystem und auch späteren Schulerfolg.¹⁰

In der Abbildung 8 wird die Verteilung der einzuschulenden Kinder mit mindestens 3-jährigem Kindergartenbesuch im Zeitvergleich dargestellt. Bei diesem Indikator findet, ab-

¹⁰ KGSt, Materialien Nr. 2/2006 Integrationsmonitoring

weichend von den anderen Indikatoren, eine Gegenüberstellung von Kindern mit „Muttersprache deutsch“ und „Muttersprache nicht deutsch bzw. zweisprachig“ statt, wobei die Angabe zu „zweisprachig“ erst ab dem Jahr 2012 erfasst worden ist. Diese bilden im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungserhebung¹¹ neben der Auswahlmöglichkeit „keine Angabe“ die einzige Ressource, um auf einen bzw. keinen potentiellen Migrationshintergrund schließen zu können. Die folgenden dargestellten Zahlen beziehen sich demnach auf die einzuschulenden Kinder, bei denen auch eine Angabe zur Muttersprache vermerkt worden ist. Da die Antwortmöglichkeit „keine Angabe“ in nur sehr geringer Anzahl vorkommt, wird diese bei der graphischen Darstellung vernachlässigt.



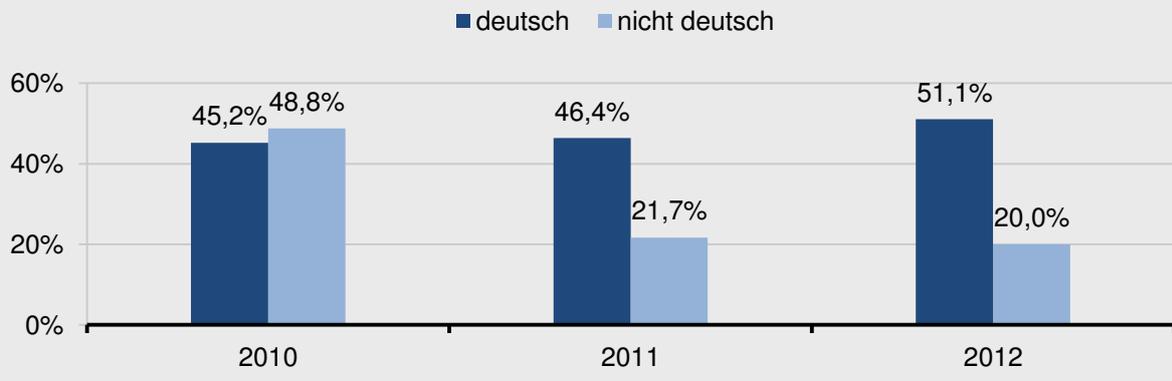
Quelle: Schuleingangsuntersuchung des Gesundheitsamtes, 2012

Der Zeitvergleich zeigt, dass Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache bzw. Kinder, die zweisprachig aufgewachsen sind, anteilig seltener mindestens drei Jahre einen Kindergarten besuchen als vergleichsweise Kinder mit deutscher Muttersprache (2010: 77,0%; 2011: 86,8%; 2012: 70,3%). Da die absoluten Zahlen bei den Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache bzw. der Angabe „zweisprachig“ im Vergleich zu den Kindern mit deutscher Muttersprache sehr klein sind, kann schon eine Veränderung dieser von ein paar Kindern mit mindestens 3-jährigem Kindergartenbesuch den prozentualen Anteil stark sinken lassen, wie das im Jahr 2012 (absolute Zahl 2011: 59 von 68; absolute Zahl 2012: 78 von 111) der Fall war.

¹¹ Ein Jahr vor der Einschulung erhalten die Eltern der einzuschulenden Kinder eine schriftliche, mit einem Elternfragebogen versehene Einladung zur Schuleingangsuntersuchung. Die ärztliche Untersuchung ist für alle einzuschulenden Kinder verpflichtend (§ 6 Abs. 2 BbgGDG, § 37 Abs. 1 BbgSchulG, § 4 Abs. 4 GV).

5.2.2 Gymnasiumbesuch

Abbildung 9: Anteil der SchülerInnen an Gymnasien (Jahrgang 8) an allen Schülern und Schülerinnen (Jahrgang 8)



Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

Auch in Abbildung 9 ist die starke prozentuale Abnahme der ausländischen SchülerInnen an Gymnasien dadurch zu erklären, dass die absoluten Zahlen der ausländischen SchülerInnen sich im Zeitverlauf mehr als halbiert haben (2010: 48,8% entsprachen 21; 2011: 21,7% entsprachen 5; 2012: 20,0% entsprachen 4). Der Zeitvergleich zeigt ebenso, dass ausländische SchülerInnen an Gymnasien im Vergleich zu deutschen SchülerInnen in den Jahren 2011 und 2012 unterrepräsentiert sind.

5.2.3 Oberschulenbesuch

Abbildung 10: Anteil der SchülerInnen an Oberschulen (Jahrgang 8) an allen Schülern und Schülerinnen (Jahrgang 8)

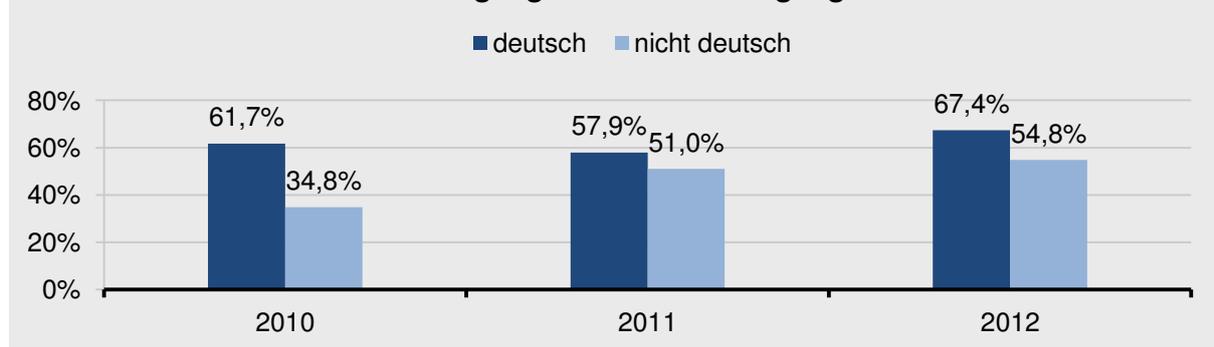


Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

Im Vergleich zu den Anteilen deutscher SchülerInnen an den Potsdamer Oberschulen¹² liegt der Anteil ausländischer SchülerInnen deutlich höher und unterliegt im Zeitvergleich ebenso Schwankungen (2010: 20,9%; 2011: 43,5%; 2012: 35,0%). Der Sprung von 20,9 Prozent (2010) auf 43,5 Prozent (2011) ist durch die Halbierung der absoluten Gesamtanzahl bei fast gleichbleibenden absoluten Zahlen der ausländischen SchülerInnen (2010: 9; 2011: 10) zu erklären.

5.2.4 SchulabgängerInnen mit Fachhochschul- bzw. allgemeiner Hochschulreife

Abbildung 11: Anteil der SchulabgängerInnen mit Fachhochschul- bzw. allgemeiner Hochschulreife an allen Schulabgängern und Schulabgängerinnen



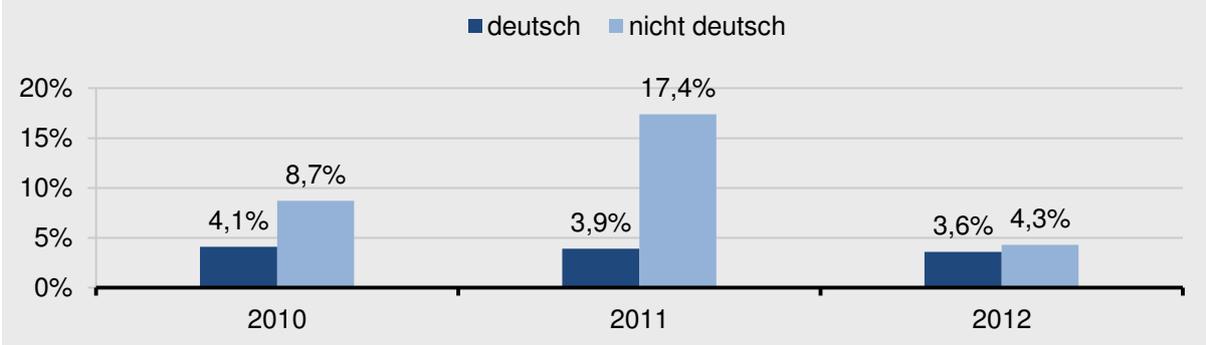
Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

Unter den ausländischen Schülern und Schülerinnen schließen zwar immer noch anteilig gesehen weniger einen Schulabschluss mit Fachhochschul – bzw. Hochschulreife im Vergleich zu deutschen Schülern und Schülerinnen ab (2010: 34,8%; 2011: 51,0%; 2012: 54,8%), dennoch hat sich deren Wert im Zeitvergleich kontinuierlich gesteigert und ist dabei, sich den Werten deutscher SchülerInnen anzugleichen (2011: Differenz von 6,9%; 2012: Differenz von 12,6%). Circa jede/r zweite/r ausländische SchülerIn schloss in den Jahren 2011 und 2012 einen Schulabschluss ab, der für eine akademische Ausbildung qualifiziert. Dies spiegelt wiederum eine sehr gute Integrationsvoraussetzung für ein Studium und spätere akademische berufliche Laufbahn wider.

¹² Die Oberschule umfasst die Jahrgangsstufe 7 bis 10, vermittelt eine grundlegende und erweiterte allgemeine Bildung und führt die Bildungsgänge zum Erwerb des erweiterten Hauptschulabschlusses der Berufsbildungsreife und zum Erwerb des Realschulabschlusses der Fachoberschulreife. Beim Vorliegen besonderer Leistungen kann die Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe erworben werden (Quelle: Landeshauptstadt Potsdam).

5.2.5 SchulabgängerInnen ohne Schulabschluss

Abbildung 12: Anteil der SchulabgängerInnen ohne Schulabschluss an allen Schulabgängern und Schulabgängerinnen



Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

Die prozentualen Anteile ausländischer SchulabgängerInnen ohne Schulabschluss im Zeitvergleich schneiden ebenso schlechter ab als die Anteile deutscher SchulabgängerInnen ohne Schulabschluss. Ein beträchtlicher Unterschied ist im Jahr 2011 (3,9% im Vergleich zu 17,4%) festzuhalten. Während die Werte deutscher SchulabgängerInnen ohne Schulabschluss kontinuierlich sinken, ist bei den Werten ausländischer SchulabgängerInnen ohne Schulabschluss eine starke Schwankung (2010: 8,7%; 2011: 17,4%; 2012: 4,3%) zu verzeichnen. Gleichwohl hat im Jahr 2012 eine erhebliche Verbesserung der absoluten Zahlen als auch dementsprechend der prozentualen Anteile im Vergleich zu den Vorjahren bei den ausländischen Schulabgängern und Schulabgängerinnen ohne Schulabschluss stattgefunden. Somit entsprechen die 4,3 Prozent einem Verhältnis von fünf ausländischen Schulabgängern und Schulabgängerinnen ohne Schulabschluss von insgesamt 116 ausländischen Schulabgängern und Schulabgängerinnen (Jahr 2012), hingegen im Vorjahr es noch acht ausländische SchulabgängerInnen ohne Schulabschluss von insgesamt 46 ausländischen Schulabgängern und Schulabgängerinnen waren.

FAZIT

Zusammenfassend zeigen die Indikatoren im Handlungsfeld „Bildung“ ein geteiltes Bild bezüglich der Integrationsentwicklung auf. Ein positiver Trend ist bei den Indikatoren zu den Schulabschlüssen sowie beim Indikator „einzuschulende Kinder mit einem mind. 3-jährigen Kindergartenbesuch“ zu verzeichnen. Nicht nur, dass sich die Anteile der ausländischen SchulabgängerInnen ohne Abschluss deutlich verringern, vielmehr steigert sich auch der Anteil derer bei Abschlüssen mit Fachhochschul- bzw. allgemeiner Hochschulreife kontinuierlich. Einzuschulende Kinder besuchen überwiegend mind. drei Jahre einen Kindergarten, wobei der Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache hinter dem Anteil der Kinder mit deutscher Muttersprache zurückliegt und demnach geeignete Maßnahmen zur Steigerung dessen erfordern. Die Bildungsindikatoren zeigen ebenso einen zentralen Handlungsbedarf bei dem Besuch unterschiedlicher Schulformen auf. Ausländische SchülerInnen besuchen seltener ein Gymnasium als im Vergleich zu deutschen Schülern und Schülerinnen. Darüber hinaus sinken die Anteile ausländischer SchülerInnen in den betrachteten Jahren 2010 bis 2012 fortlaufend. Beim Indikator Oberschulenbesuch ist es wünschenswert, all denjenigen ausländischen Schülern und Schülerinnen die Schullaufbahn zu ermöglichen, die auch ihrem eigentlichen Potential entspricht. Die Zahlen spiegeln allerdings wider, dass deutsche und ausländische SchülerInnen an Oberschulen ungleich repräsentiert sind, wobei der Anteil ausländischer SchülerInnen deutlich überwiegt und auf ein weiteres Ansteigen hindeutet. Ziel der zukünftigen Integrationsarbeit im Handlungsfeld „Bildung“ sollte es daher sein, die Voraussetzungen für einen Schulabschluss zu schaffen, der sich an der Qualifikation der SchülerInnen unabhängig ihrer Nationalität orientiert, um somit gleiche Chancen für den späteren Arbeitsmarkteintritt sowie eine eigenständige Lebensführung gewährleisten zu können.

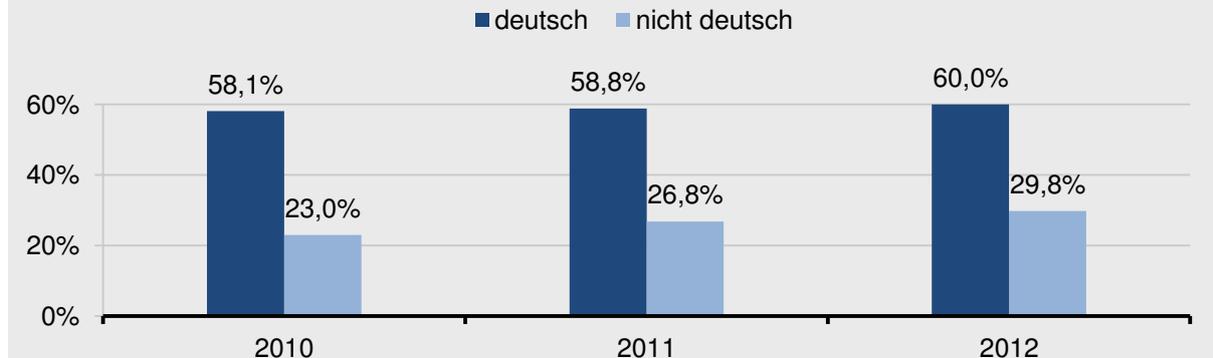
5.3 Arbeit und Wirtschaft

Ein Schlüsselmerkmal für eine gelingende Integrationsarbeit stellt die Beteiligung am Erwerbsleben dar. Neben der Sicherung des Lebensstandards ermöglicht die Erwerbstätigkeit die Chance zur Teilhabe am sozialen und gemeinschaftlichen Leben. Ein wesentliches Ziel der Integrationsarbeit ist es daher, den Arbeitsmarktzugang fortlaufend zu verbessern, um auch gleichzeitig die Integration in die Lebenswelt der Aufnahmegesellschaft weiter voranzutreiben.

Das Handlungsfeld „Arbeit und Wirtschaft“ kann anhand folgender fünf Indikatoren widergespiegelt werden und bildet somit den Integrationsstand in diesem Bereich ab.

5.3.1 Sozialsicherungspflichtig Beschäftigte

Abbildung 13: Anteil der Beschäftigten in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung an den Einwohnern und Einwohnerinnen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren



Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

Der Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter, die nicht deutsch sind, hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesteigert (2010: 23,0%; 2011: 26,8%; 2012: 29,8%). Dennoch liegt der Anteil ausländischer Beschäftigter weit hinter dem der deutschen Beschäftigten zurück.

5.3.2 Gewerbetreibende

Für die deutsche Volkswirtschaft stellen Selbstständige mit Migrationshintergrund ein wichtiges Potential dar, deren spezifische Fähigkeiten, fachliches Know-how und Berufserfahrung auch in Zukunft von Bedeutung sein werden. Der Saldo an- und abgemeldeter Gewerbe liefert Informationen darüber, inwieweit ausländische Selbstständige dieser speziellen Form der Erwerbstätigkeit nachgehen und wie letztlich die Integration in diesen Markt erfolgt ist.

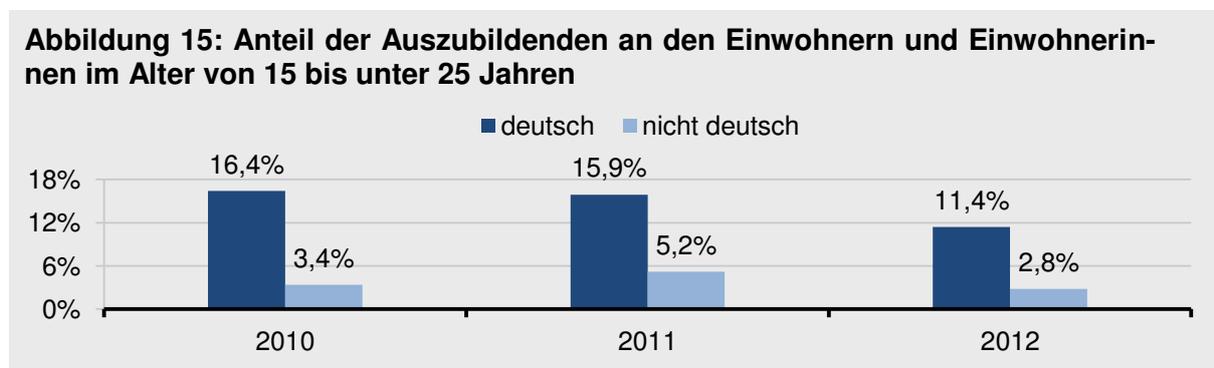
Abbildung 14: Saldo der an- und abgemeldeten Gewerbe von Einwohnern und Einwohnerinnen an den Einwohnern und Einwohnerinnen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren



Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

Grundsätzlich ist der Saldo der an- und abgemeldeten Gewerbe sowohl bei den deutschen als auch den ausländischen Gewerbetreibenden in den Jahren 2010 bis 2012 positiv (Abbildung 14). Auffällig ist, dass die ausländischen Gewerbetreibenden sich deutlich in den Jahren 2010 und 2011 von den deutschen Gewerbetreibenden abheben und bezogen auf das Verhältnis der an- und abgemeldeten Gewerbe höhere Anteile aufweisen (2010: 1,1%; 2011: 0,6%). Im Jahr 2012 gleichen sich beide Saldoergebnisse mit 0,1 Prozent an. Insgesamt zeigen die Jahresvergleiche von 2010 bis 2012 ebenso auf, dass sich der Saldo der an- und abgemeldeten Gewerbe ausländischer Gewerbetreibender rückläufig entwickelt hat.

5.3.3 Auszubildende



Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

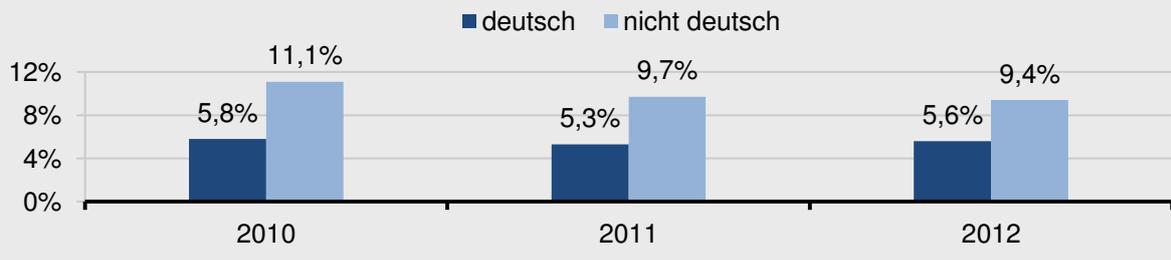
Eine berufliche Ausbildung ist eine gute Option, den Weg ins Arbeitsleben einzuleiten. Der zu beobachtende schwierige Zugang von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund zu solch einer Ausbildung mindert deren Startchancen ins Berufsleben erheblich und erschwert somit die Integration in den Arbeitsmarkt. Die dargestellten Zahlen in Abbildung 15 bestätigen diese Beobachtung: der Anteil der ausländischen Auszubildenden ist wesentlich geringer als vergleichsweise der Anteil deutscher Auszubildender (2012: 2,8% im Vergleich zu 11,4%) an den Einwohnern und Einwohnerinnen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren der Landeshauptstadt Potsdam.

5.3.4 Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote entspricht einem zentralen Arbeitsmarktindikator, der maßgeblich von der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Wirtschaftsstruktur eines Landes oder einer Region bestimmt wird. Ein Ausschluss aus dem Erwerbsleben wirkt sich negativ auf die Sicherung des Lebensstandards aus, kann Armut verursachen und verhindert weitestgehend die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.¹³

¹³ Zweiter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder, 2011

Abbildung 16: Anteil der Arbeitssuchenden an den Einwohnern und Einwohnerinnen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren

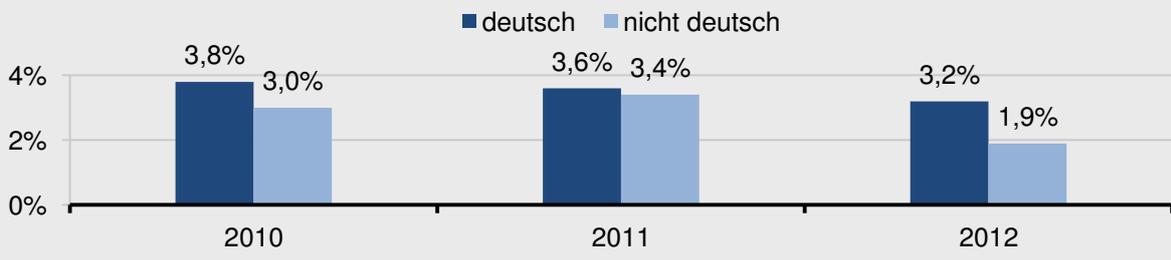


Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

Der Zeitvergleich in Abbildung 16 verdeutlicht einerseits eine Abnahme der Arbeitslosenquote der ausländischen EinwohnerInnen (2010: 11,1%; 2011: 9,7%; 2012: 9,4%), stellt andererseits dennoch einen erheblichen Unterschied im Vergleich zur Arbeitslosenquote der deutschen EinwohnerInnen der Landeshauptstadt Potsdam dar.

5.3.5 Arbeitslosenquote junger Erwachsener

Abbildung 17: Anteil der Arbeitssuchenden im Alter von unter 25 Jahren an den Einwohnern und Einwohnerinnen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren



Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen und jungen Erwachsenen unterscheidet sich in den Jahren 2010 und 2011 nur geringfügig hinsichtlich der zu vergleichenden Merkmale deutscher und ausländischer EinwohnerInnen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren der Landeshauptstadt Potsdam voneinander. Während sich diese Arbeitslosenquote im Jahr 2011 bei den ausländischen Einwohnern und Einwohnerinnen im Vergleich zum Vorjahr 2010 noch einmal erhöht hat (2010: 3,0%; 2011: 3,4%), sinkt sie im Jahr 2012 auf unter zwei Prozent und liegt folglich gleichbleibend über die drei aufgezeigten Jahre hinweg unter der Arbeitslosenquote der deutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

FAZIT

Die ausländischen EinwohnerInnen der Landeshauptstadt Potsdam sind zu geringeren Anteilen erwerbstätig und weisen eine höhere Arbeitslosenquote unter den Erwachsenen im Vergleich zu den deutschen Einwohnern und Einwohnerinnen auf. Die Jugendarbeitslosenquote hingegen verhält sich gegenläufig. Herausstechend ist darüber hinaus, dass anteilig weniger ausländische Jugendliche im Vergleich zu deutschen Jugendlichen eine Ausbildung absolvieren. Im Fokus dieses Handlungsfeldes sollte schlussfolgernd eine fördernde Arbeitsmarktintegration von ausländischen Einwohnern und Einwohnerinnen stehen. Im Besonderen sind zielgruppenspezifische Maßnahmen für ausländische Jugendliche der Landeshauptstadt Potsdam erforderlich, um den Zugang zum Ausbildungsmarkt weiter auszubauen und den Einstieg ins Erwerbsleben sicherzustellen. Der Trend des Saldos an- und abgemeldeter Gewerbe ausländischer EinwohnerInnen ist im Zeitverlauf als sinkend zu verzeichnen. Hierbei sollte in den kommenden Jahren darauf geachtet werden, wie sich die Zahlen weiter entwickeln und bei Anhalten des Trends sollten frühzeitig Maßnahmen zur Förderung der ausländischen Gewerbetreibenden initiiert werden.

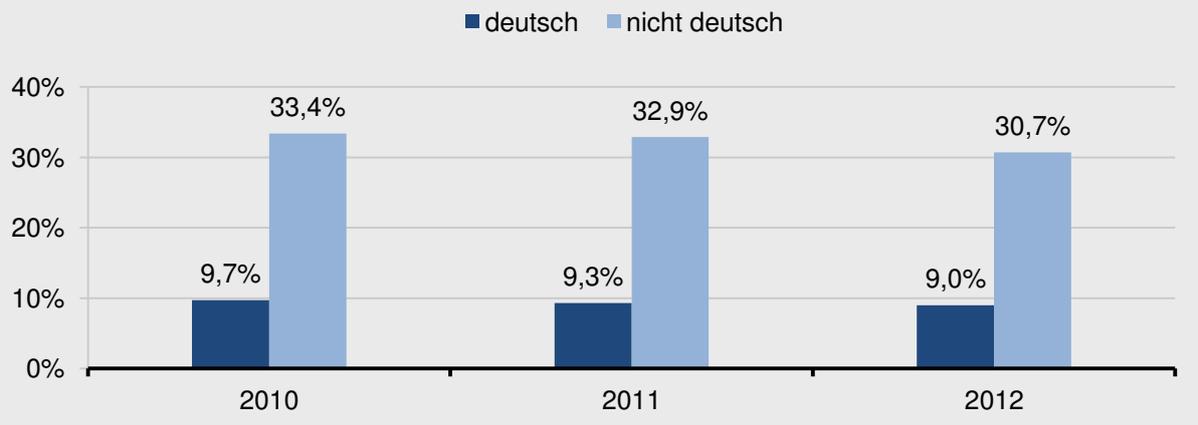
5.4 Soziale Sicherung

Die Quote der LeistungsbezieherInnen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II und SGB XII bei der ausländischen Bevölkerung kann ein wichtiger Indikator für strukturelle Eingliederungsprobleme in den Arbeitsmarkt sowie einen Indiz für Armut darstellen. Der Empfang der Leistungen zielt darauf ab, das Existenzminimum der Betroffenen zu sichern. Sind die Betroffenen aufgrund fehlender Mittel nicht mehr fähig, ihre Grundbedürfnisse wie den Konsum und die Sicherung von Nahrungsmitteln, die Gesundheitsversorgung, Bildung und Sicherheit zu befriedigen und die Lebensweise auszuüben, die als Minimum in ihrem Land annehmbar ist, kann von Armut gesprochen werden.¹⁴

5.4.1 Grundsicherungsleistungen

Die Empfängerquote der ausländischen Bevölkerung Potsdams von SGB II und SGB XII liegt über dem dreifachen der deutschen Bevölkerung (Abbildung 18). Bei beiden Anteilen, jeweils bei den deutschen als auch bei den ausländischen Einwohnern und Einwohnerinnen, ist ein leichtes Absinken der Empfängerquoten zu verzeichnen (2010: 33,4%; 2011: 32,9%; 2012: 30,7%).

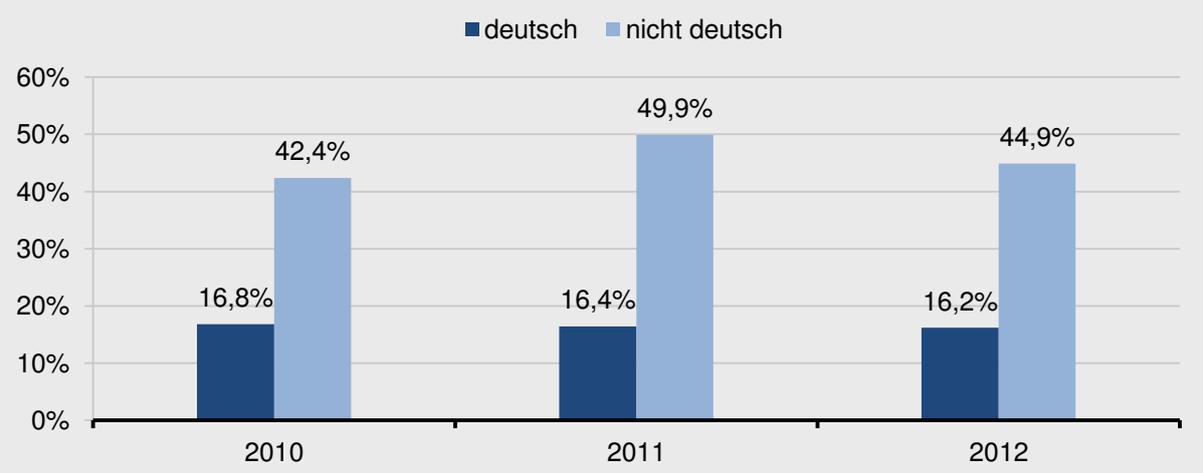
¹⁴ Entwicklungsausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Abbildung 18: Empfängeranteil von SGB II und SGB XII an allen Einwohnern und Einwohnerinnen

Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

5.4.2 Grundsicherungsleistungen für Kinder

Kinder aus sozial benachteiligten Familien tragen ein erhöhtes Gesundheitsrisiko. Gemäß der jährlichen Schuleingangsuntersuchung sind sie stärker von gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen. Vor allem Sprach- und Sprechstörungen sind bei Kindern, deren Eltern einen niedrigen Sozialstatus aufweisen um ein 10-faches häufiger als bei Kindern mit hohem Sozialstatus. Diese Auffälligkeit setzt sich auch bei den emotionalen und sozialen Störungen fort. Somit erleiden Kinder mit niedrigem Sozialstatus 3,5mal so häufig daran wie Kinder mit hohem Sozialstatus.¹⁵

Abbildung 19: Empfängeranteil von SGB II und SGB XII von Kindern im Alter unter 15 Jahren an allen Einwohnern und Einwohnerinnen im Alter unter 15 Jahren

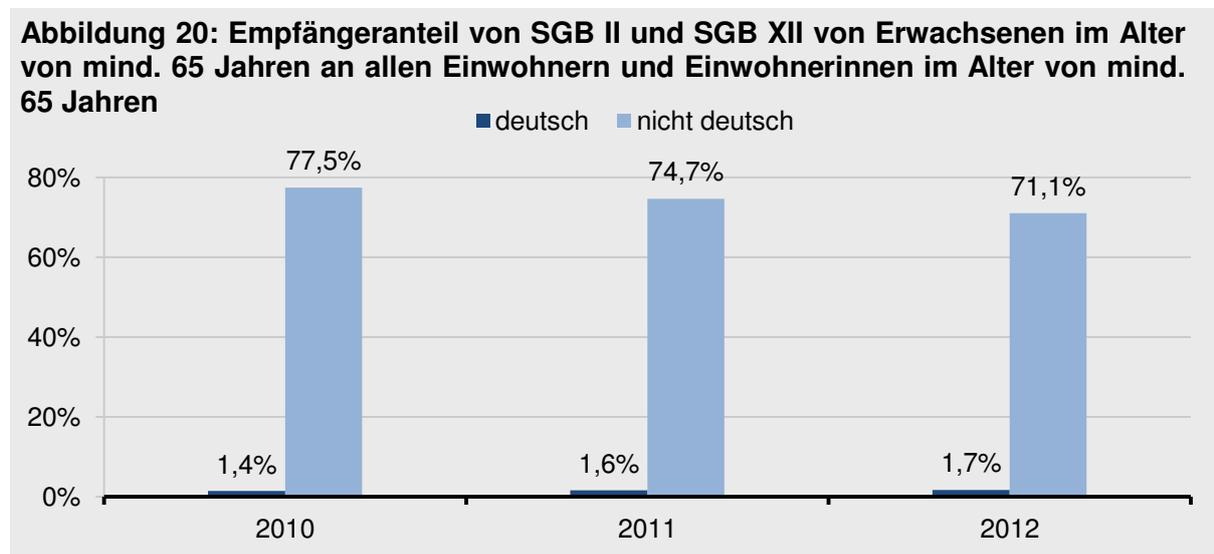
Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

¹⁵ Erster Potsdamer Gesundheitsatlas, 2013

Die Abbildung 19 verdeutlicht im Vergleich zur Abbildung 18, dass Kinder anteilig gesehen in einem weitaus höheren Maße auf Grundsicherungsleistungen nach SGB II und SGB XII als Erwachsene angewiesen sind. Wie in Abbildung 18 bereits aufgezeigt sind auch hier die ausländischen Kinder anteilig stärker von Grundsicherungsleistungen abhängig (2012: 44,9% im Vergleich zu 16,2%).

5.4.3 Grundsicherungsleistungen für ältere Menschen

Im SGB XII ist die Sicherung von Grundleistungen von Personen ab 65 Jahren verankert, insofern sie bedürftig sind, um das soziokulturelle Existenzminimum auch der älteren Menschen sicherzustellen.



Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 31.12.2012

In der Landeshauptstadt Potsdam sind ältere ausländische Menschen einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt (Abbildung 20). Zwar entwickeln sich die Zahlen im Zeitvergleich rückläufig, dennoch sind im Jahr 2012 71,1 Prozent der älteren ausländischen Menschen für den Erhalt von Grundsicherungsleistungen bedürftig.

FAZIT

Im Vergleich zu den deutschen Einwohnern und Einwohnerinnen beziehen ausländische EinwohnerInnen deutlich häufiger Grundsicherungsleistungen. Das Problem der Altersarmut ist vor allem bei älteren ausländischen Menschen sowie ausländischen Kindern anzutreffen. Ein Leben am Existenzminimum kann die Integration in die Gesellschaft sowie die Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben erheblich erschweren.

5.5 Wohnen

Die Wohnsituation sowie die Wohnumgebung stellen eine wichtige Voraussetzung für eine angemessene Lebensqualität dar. Im Bereich Wohnen steht Segregation einerseits für die Abtrennung einer gewissen Zielgruppe, die bestimmte Merkmale in sich vereint wie etwa die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nationalität, Sprachgruppe oder Religion. Andererseits liefert Segregation auch Auskunft darüber, inwieweit eine Ungleichverteilung der Zugangschancen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in einem abgegrenzten Wohnungsmarkt vorliegt.

Segregationsindex

Der berechnete Segregationsindex der Landeshauptstadt Potsdam gibt Auskunft darüber, wie viel Prozent der ausländischen Bevölkerung in jeweils andere Quartiere umziehen müsste, um eine Verteilung zu erreichen, die der Gesamtstadt entspricht. Der Index 0 spiegelt demnach eine absolute Gleichverteilung wider. Der Index 100 hingegen steht für eine absolute Ungleichverteilung.

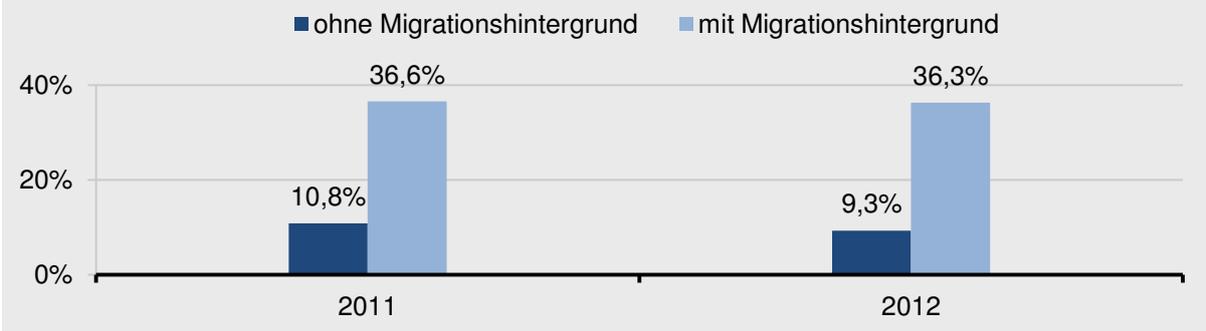
Für die Landeshauptstadt Potsdam ist ein Segregationsindex (Grad der Ungleichverteilung) im Jahr 2012 von 9,2 Prozent vorliegend (2010: 9,9%; 2011: 10,5%). Er liegt schlussfolglichs im unteren Bereich und konnte im Zeitvergleich ebenso verringert werden, was auch für die kommenden Jahre ein Ziel der Integrationspolitik darstellen sollte.

5.6 Sprache

Einer der wahrscheinlich bedeutendsten Schlüssel für eine erfolgreiche Integration ist die Sprache. Sie öffnet die Türen zum gesellschaftlichen Leben, ermöglicht Teilhabe und Austausch mit der Aufnahmegesellschaft und ermöglicht den Zugang zum Arbeitsmarkt. Für eine soziale und kulturelle Integration spiegelt Sprachförderung demnach eine der wichtigsten Maßnahmen wider, um integrationshemmenden Sprachdefiziten sowie einer Chancenmilderung zu Bildungsmöglichkeiten entgegenzuwirken.

5.6.1 Kinder mit Sprachförderbedarf in der deutschen Sprache

Abbildung 21: Kinder mit Sprachförderbedarf in der deutschen Sprache an allen einzuschulenden Kindern in den Potsdamer Kitas

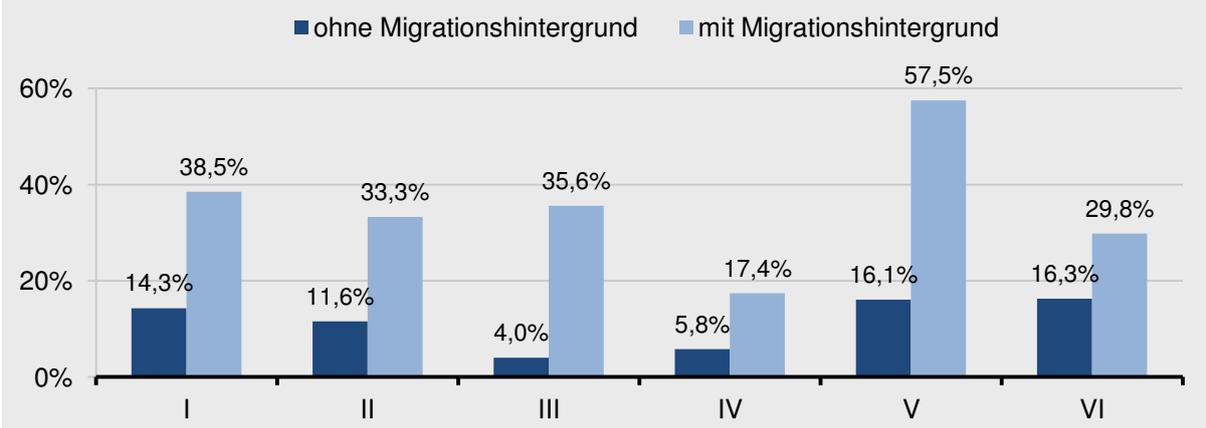


Quelle: Bereich Statistik und Wahlen (Jugendamt), 01.12.2012

Die Abbildung 21 zeigt, dass im Jahresvergleich von 2011 zu 2012 der Sprachförderbedarf der einzuschulenden Kinder in den Potsdamer Kitas unwesentlich gesunken ist. Ein signifikanter Unterschied kristallisiert sich im Vergleich der Kinder mit und ohne Migrationshintergrund heraus. Demnach ist der Sprachförderbedarf bei Kindern mit Migrationshintergrund um ein 3-faches höher als bei Kindern ohne Migrationshintergrund.

5.6.2 Kinder mit Sprachförderbedarf in der deutschen Sprache nach Sozialräumen

Abbildung 22: Kinder mit Sprachförderbedarf in der deutschen Sprache an allen einzuschulenden Kindern in den Potsdamer Kitas nach Sozialräumen (2012)

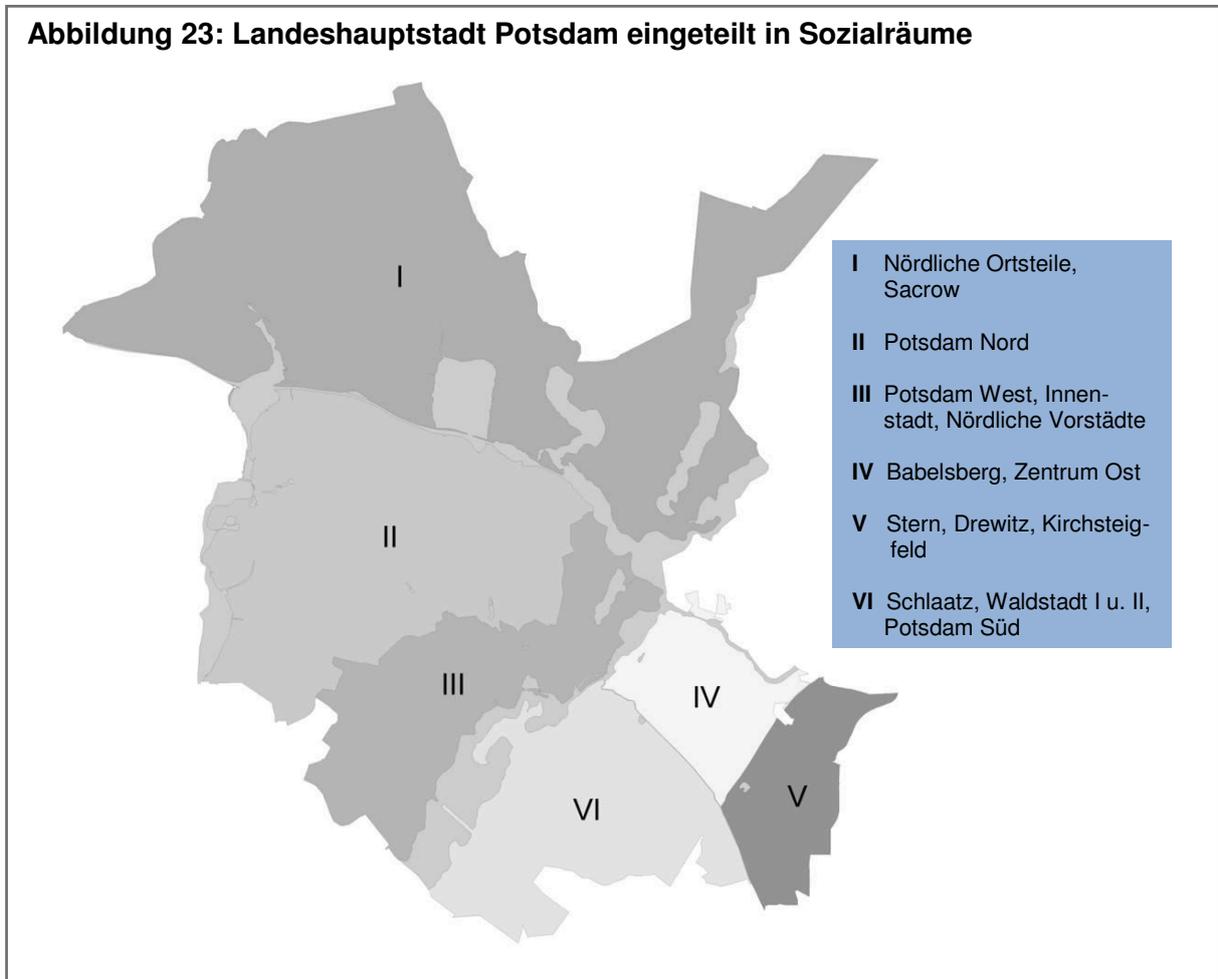


Quelle: Bereich Statistik und Wahlen (Jugendamt), 01.12.2012

Betrachtet man die Verteilung des Sprachförderbedarfs in den einzelnen Sozialräumen der Landeshauptstadt Potsdam ergibt sich ein sehr heterogenes Bild. Die Anteile des Sprachförderbedarfs bei Kindern mit Migrationshintergrund schwanken in den einzelnen Sozialräumen zwischen 17,4 Prozent (Sozialraum IV) und 57,5 Prozent (Sozialraum V). Herausstechend dabei ist vor allem der zuletzt genannte Sozialraum V mit fast 60 Prozent sprachförderbe-

dürftigen Kindern mit Migrationshintergrund. Gleichwohl die Anteile des Sprachförderbedarfs in den Sozialräumen I bis VI bei Kindern mit Migrationshintergrund fortlaufend höher als bei Kindern ohne dieses Merkmal liegen, sticht der Sozialraum V durch seinen erheblich hohen Anteil an Sprachförderbedarf bei Kindern mit Migrationshintergrund hervor (Abbildung 22).

Abbildung 23: Landeshauptstadt Potsdam eingeteilt in Sozialräume



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

FAZIT

Die Förderung der deutschen Sprache sollte im Fokus der Integrationsarbeit stehen. Spezifische Angebote und Maßnahmen in diesem Handlungsfeld zum Ausgleich der Sprachdefizite sind in den kommenden Jahren von hoher Bedeutung wie die Zahlen in den vorangegangenen Abbildungen verdeutlichen. Vor allem in den Sozialräumen I, II, III und V liegt der Sprachförderbedarf bei Kindern mit Migrationshintergrund bei über (Sozialraum V weiter über) 30 Prozent, was demnach einen unaufschiebbaren Handlungsbedarf einfordert.

5.7 Gesundheit

Die Gesundheit wird mit als das höchste Gut eines Menschen gewürdigt. Diese hat je nach Zustand einen entscheidenden Einfluss auf unsere Lebenslage und kann neben vielen anderen Bereichen auch die Arbeitsfähigkeit stark beeinflussen. Der Gesundheitszustand ist abhängig von unterschiedlichen Faktoren wie Alter und Geschlecht, aber auch Bildung, sozialer Status und Arbeitsbedingungen. Für die Integrationsarbeit ist es daher von hoher Bedeutung, gleiche Voraussetzungen für Gesundheit und gleiche Zugangsmöglichkeiten zur Gesundheitsvorsorge zu schaffen.

Das Handlungsfeld „Gesundheit“ wird im Folgenden anhand der Indikatoren zu den Früherkennungsuntersuchungen im Kindesalter sowie am Indikator „häufigste Befunde“ repräsentiert.

5.7.1 Früherkennungsuntersuchungen

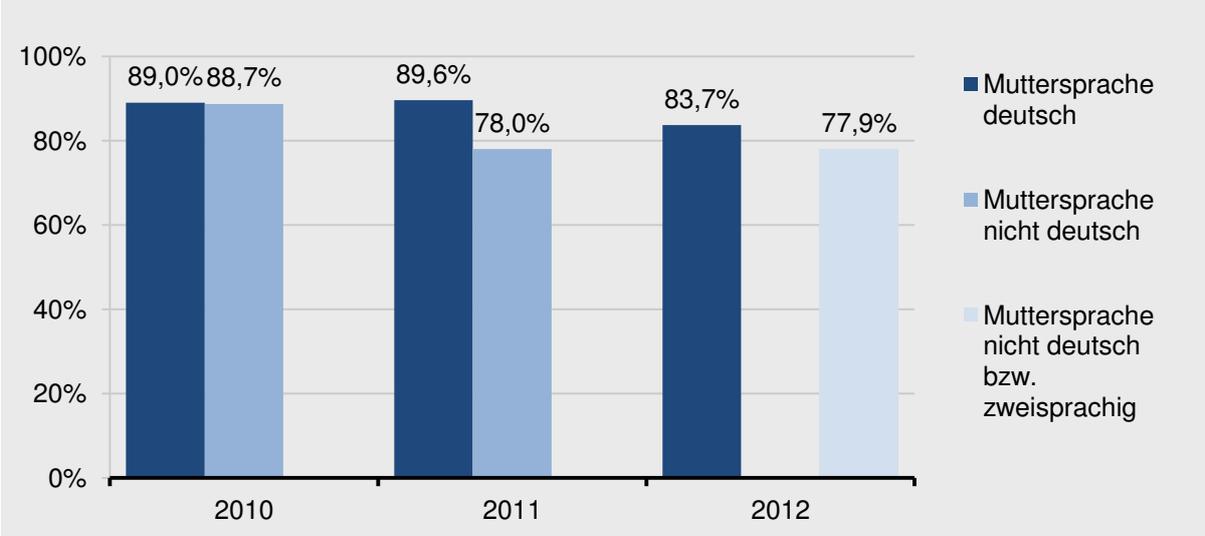
Bevor ein Kind in den schulischen Bildungsweg übergeht, wird es im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung ärztlich untersucht. Die Teilnahme daran ist für alle einzuschulenden Kinder verpflichtend. Zur ärztlichen Untersuchung sind der ausgefüllte Elternfragebogen, das Impfbuch sowie das „gelbe Vorsorgeheft“ mitzubringen. Im zuletzt genannten wird die Gesundheitsvorsorge im Kindesalter anhand der gesetzlichen, kostenfreien Früherkennungsuntersuchungen (kurz „U“ genannt) festgehalten.¹⁶ Diese umfassen zehn Untersuchungen zwischen der Entbindung und dem 64. Lebensmonat.¹⁷

Die dargestellten Zahlen in Abbildung 24 beziehen sich auf diejenigen einzuschulenden Kinder im Jahr 2012, die im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung ärztlich untersucht worden sind sowie das „gelbe Vorsorgeheft“ mit der Dokumentierung der U-Untersuchungen vorlegen konnten.

¹⁶ Erster Potsdamer Gesundheitsatlas, 2013

¹⁷ U1: direkt nach der Geburt, U2: 3. bis 10. Tag, U3: 4. bis 5. Woche, U4: 3. bis 4. Monat, U5: 6. bis 7. Monat, U6: 10. bis 12. Monat, U7: 21. bis 24. Monat, seit 2008 neu U7a: 34. bis 36. Monat, U8: 46. bis 48. Monat, U9: 60. bis 64. Monat

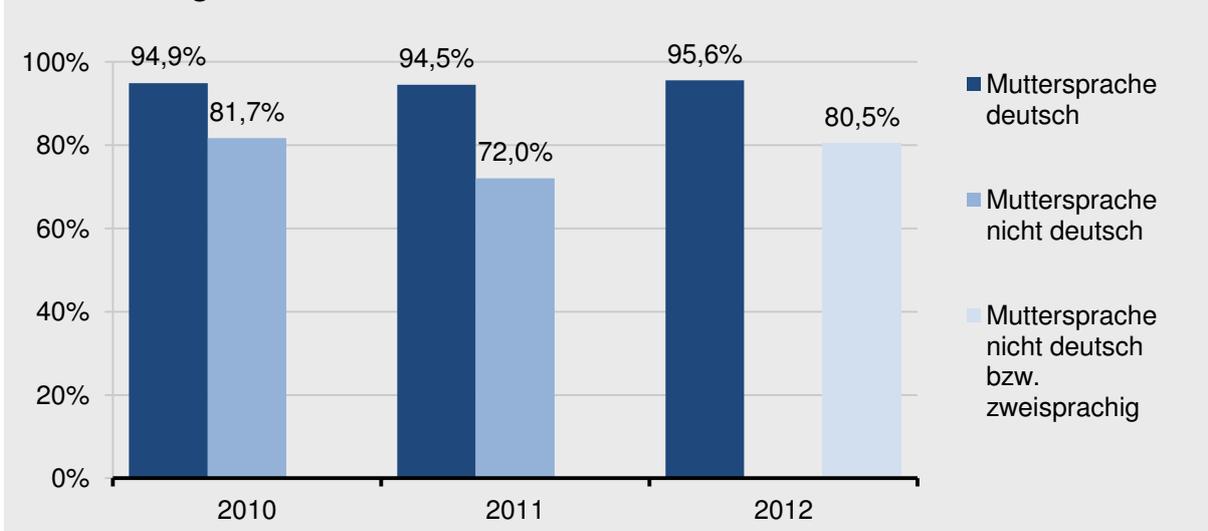
Abbildung 24: Kinder mit Teilnahme an der U9-Untersuchung an allen einzuschulenden Kindern



Quelle: Schuleingangsuntersuchung des Gesundheitsamtes, 2012

Sowohl die Werte für Kinder mit deutscher Muttersprache als auch die Werte für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache bzw. Kinder, die zweisprachig aufgewachsen sind, liegen unter dem Gesundheitsziel von 95 Prozent, welches sich vom Bündnis „Gesund Aufwachsen in Brandenburg“ gesetzt wird.¹⁸ Der Vergleich der Werte zeigt, dass Kinder mit deutscher Muttersprache häufiger die U9-Untersuchung wahrnehmen als Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache bzw. zweisprachige Kinder. Der Trend im Jahresvergleich verdeutlicht ebenso, dass die Teilnahme an der U9-Untersuchung kontinuierlich mit den Jahren sinkt, unabhängig davon, welche Muttersprache die Kinder besitzen (Abbildung 24).

Abbildung 25: Kinder mit vollständiger Teilnahme an den U1 bis U6-Untersuchungen an allen einzuschulenden Kindern

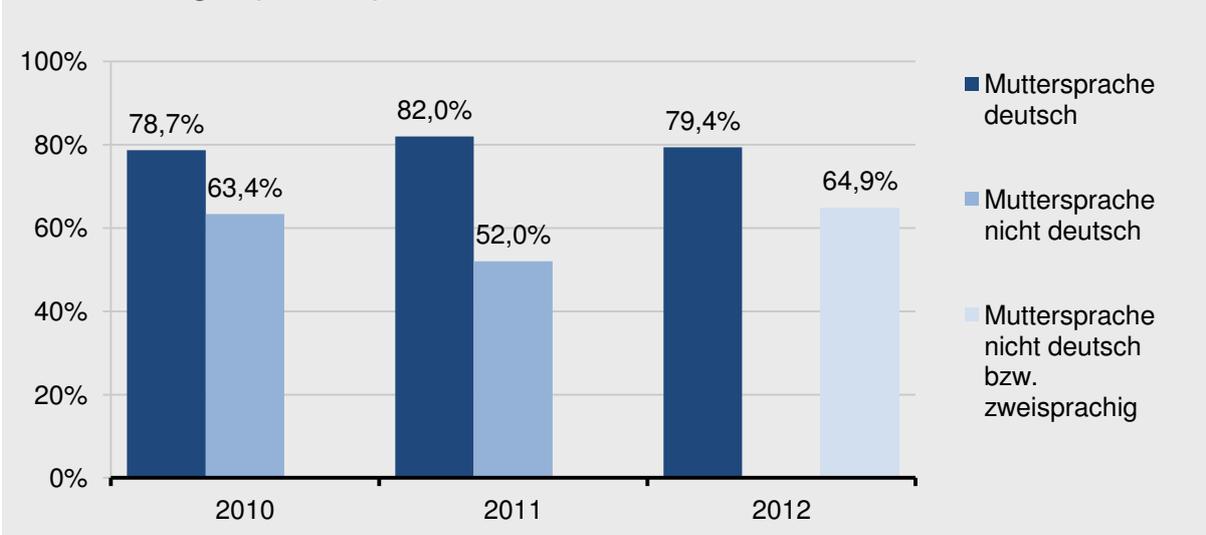


Quelle: Schuleingangsuntersuchung des Gesundheitsamtes, 2012

¹⁸ Erster Potsdamer Gesundheitsatlas, 2013

Die Abbildung 25 gibt die vollständige Teilnahme an den U1 bis U6-Untersuchungen wieder. Auffällig positiv ist, dass beinahe über den gesamten Zeitverlauf 2010 bis 2012 hinweg das Gesundheitsziel von 95 Prozent bei den Kindern mit deutscher Muttersprache bzgl. der vollständigen Teilnahme an den U1 bis U6-Untersuchungen erreicht worden ist. Hingegen ergibt sich bei den Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache bzw. zweisprachigen Kindern ein anderes Bild: die Werte liegen in den Jahren 2010 bis 2012 weit unter dem Gesundheitsziel von 95 Prozent (2010: 81,7%; 2011: 72,0%; 2012: 80,5%).

Abbildung 26: Kinder mit vollständiger Teilnahme an den U7 bis U9-Untersuchungen (ohne 7a) an allen einzuschulenden Kindern



Quelle: Schuleingangsuntersuchung des Gesundheitsamtes, 2012

Auch bei der vollständigen Teilnahme an den U7 bis U9-Untersuchungen (ohne 7a)¹⁹ liegt die Teilnahme der Kinder, die deutsch nicht als Muttersprache besitzen oder zweisprachig sind, unter den Werten der Kinder, die mit der deutschen Muttersprache aufgewachsen sind. Im Vergleich zur Abbildung 25 wird darüber hinaus ersichtlich, dass tendenziell die Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen abnimmt, je älter das Kind wird.

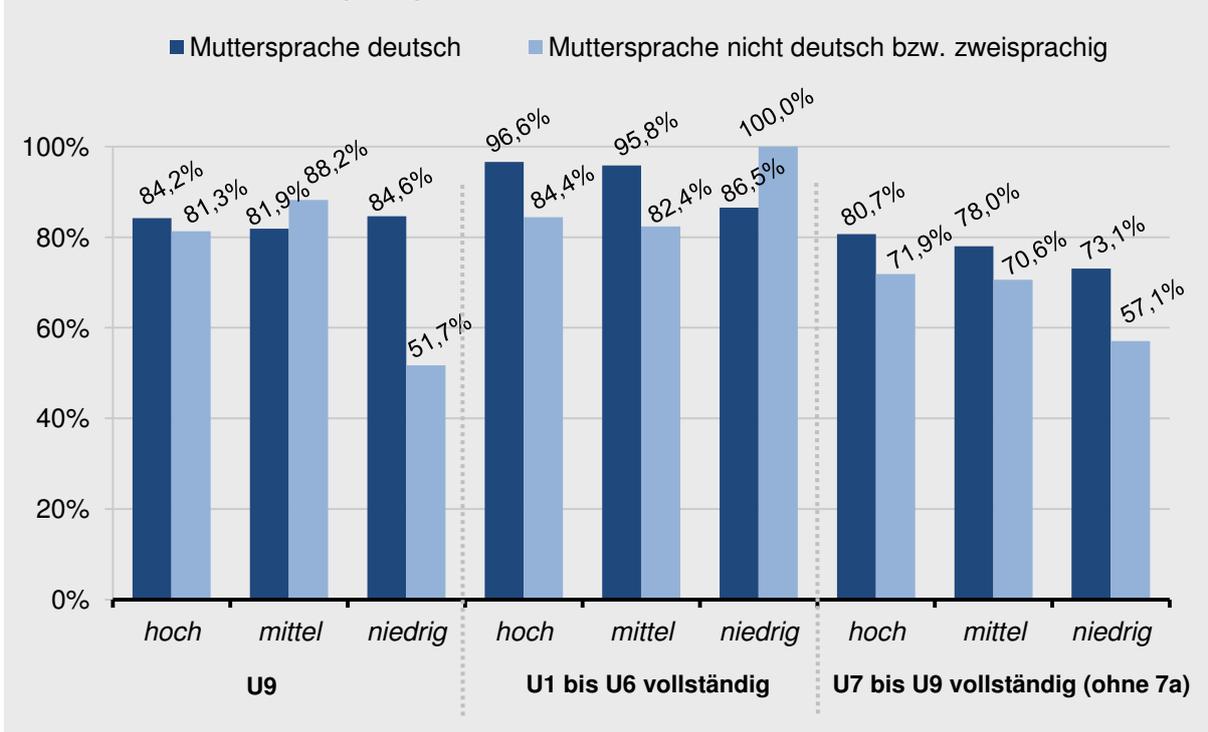
5.7.2 Früherkennungsuntersuchungen nach Sozialstatus der Eltern

Die folgende Abbildung 27 vereinigt die drei vorangegangenen U-Untersuchungen in Korrelation mit dem Sozialstatus der Eltern²⁰ von den zu untersuchenden Kindern. Die dargestellten Werte beziehen sich dabei auf die Eltern, die auch eine Angabe zum Sozialstatus bei der Schuleingangsuntersuchung hinterlegt haben.

¹⁹ neue Früherkennungsuntersuchung seit 2008: 7a im 34. bis 36. Monat des Kindes

²⁰ Additiver Sozialindex, der aus den Angaben zur Schulbildung und Erwerbstätigkeit von Mutter und Vater gebildet wird. Bei Alleinerziehenden wird die Summe der Punkte mit zwei multipliziert. Zur Erklärung der konkreten Berechnung vgl. Erster Potsdamer Gesundheitsatlas 2013, S. 63.

Abbildung 27: Kinder mit Teilnahme an der U9 sowie vollständiger Teilnahme an den U1 bis U9-Untersuchungen (ohne 7a) an allen einzuschulenden Kindern nach Sozialstatus der Eltern (2012)



Quelle: Schuleingangsuntersuchung des Gesundheitsamtes, 2012

Bezogen auf die Teilnahme an der U9-Untersuchung gibt es zwischen die Sozialstatus „hoch“ und „mittel“ nur einen minimalen Unterschied. Bedeutend wird dieser beim niedrigen Sozialstatus. Hier nahmen im Jahr 2012 nur 51,7 Prozent der Kinder, welche deutsch nicht als Muttersprache besaßen oder zweisprachig waren und deren Eltern diesen Sozialstatus nachgewiesen haben, an der U9-Untersuchung teil.

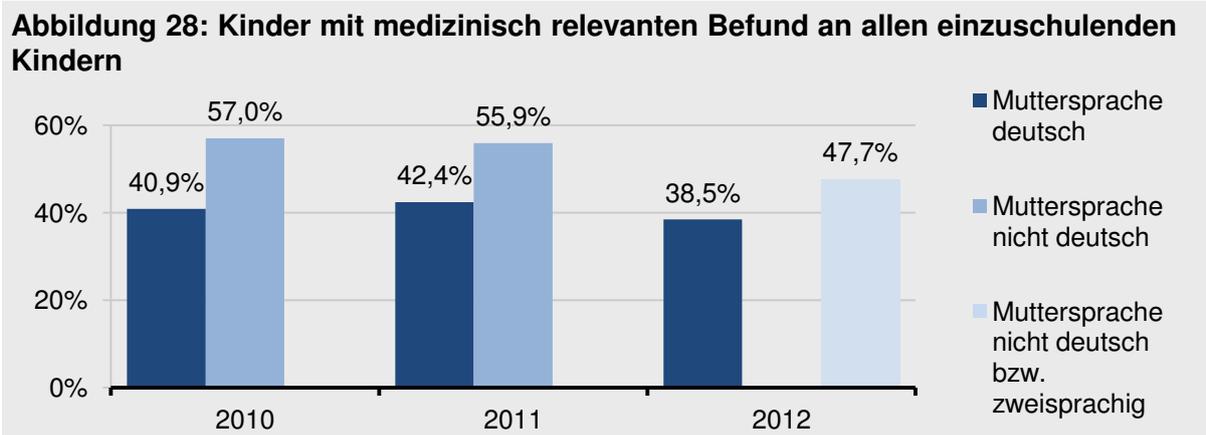
Bei der Zusammenfassung der vollständigen Teilnahme an den U1 bis U6-Untersuchungen zeigt sich ein gegenläufiger Trend. Beim Merkmal Sozialstatus „niedrig“ nahmen 100 Prozent der Kinder mit Muttersprache nicht deutsch oder Kinder, die zweisprachig waren, die Vorsorgeuntersuchung wahr.

Bei der letzten Vorsorgeuntersuchungsgruppe (U7 bis U9 vollständig (ohne 7a)) ist ein tendenzielles Sinken der Teilnahmequote an den Untersuchungen mit sinkendem Sozialstatus der Eltern ersichtlich. Dies ist sowohl bei den Kindern mit deutscher Muttersprache als auch bei denen, die anders- oder zweisprachig aufgewachsen sind, zu verzeichnen.

5.7.3 Häufigste Befunde

Dieser Indikator bezieht sich auf das Diagnostizieren eines medizinisch relevanten Befundes, welcher unter der Prämisse einer ernsteren Beeinträchtigung für das Kind ausgestellt wird

und einen medizinischen Handlungsbedarf erfordert.²¹ Die Befunde beziehen sich im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung auf die häufigsten, schulrelevanten Defizite der zu untersuchenden Kinder wie Sprach- und Sprechstörungen, Verhaltensauffälligkeiten (emotionale und soziale Störungen, Einnässen, Aufmerksamkeitsstörungen), Allergien und Über- und Untergewicht.²²



Quelle: Schuleingangsuntersuchung des Gesundheitsamtes, 2012

Sowohl bei den Kindern mit deutscher Muttersprache als auch bei denen, die mit einer anderen Muttersprache oder zweisprachig aufgewachsen sind ist der Trend der medizinisch relevanten Befunde im Zeitvergleich rückläufig. Dennoch liegt bei über jedem zweiten Kind mit nichtdeutscher Muttersprache bzw. Zweisprachigkeit (2012: bei fast jedem zweiten Kind) ein medizinisch relevanter Befund vor (2010: 57,0%; 2011: 55,9%; 2012: 47,7%).

FAZIT

Die Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchungen ist ein aussagekräftiger Indikator für die Nutzung des deutschen Gesundheitssystems. Die Zahlen zeigen auf, dass das Gesundheitsverhalten sich zwischen Kindern mit deutscher Muttersprache und Kindern, die eine andere Muttersprache besitzen oder zweisprachig sind, in Bezug auf die Prophylaxe unterscheidet. Daraus ableitend steigt die Wahrscheinlichkeit der Nichterkennung von Gesundheitsgefährdungen unterschiedlichster Art bei den einzuschulenden Kindern und die Chance für eine rechtzeitige Behandlung von Defiziten wird gemindert. Ziel sollte es in der Gesundheitsvorsorge für Kleinkinder sein, auch bei zunehmendem Alter, die Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen konstant hoch zu halten sowie Kindern, deren Eltern einen niedrigen Sozialstatus aufweisen, den Zugang zu diesen ebenso zu ermöglichen.

²¹ Landesamt für Versorgung und Soziales, 2012

²² Erster Potsdamer Gesundheitsatlas, 2013

5.8 Soziale Integration

Die soziale Integration von Menschen mit Migrationshintergrund kann als gesamtgesellschaftlicher Prozess verstanden werden, mit dem Ziel, ihnen die Teilhabe am öffentlichen Leben sowie ein langfristiges friedliches Zusammenleben mit der Aufnahmegesellschaft zu ermöglichen.

5.8.1 *Binationale Ehen und eingetragene Lebenspartnerschaften*

Binationale Ehen und Lebenspartnerschaften spiegeln ein gelingendes multiethnisches, gleichberechtigtes Zusammenleben der Bevölkerung wider. Bei 8,0 Prozent der im Jahr 2012 geschlossenen Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften in der Landeshauptstadt Potsdam besaß eine/r der Eheschließenden eine ausländische Staatsangehörigkeit.²³ Im Vergleich zu den Vorjahren lässt sich hierbei eine marginale Steigerung dieses Indikators verzeichnen (2010: 7,6%; 2011: 7,9%).

5.8.2 *Wohlfühlen in der Landeshauptstadt Potsdam*

Der Indikator „Wohlfühlen in der Landeshauptstadt Potsdam“ bezieht sich auf eine im Frühjahr des Jahres 2013 in der Landeshauptstadt Potsdam durchgeführte Bürgerumfrage zum Thema „Leben in Potsdam“. Von den 5.100 zufällig aus dem Melderegister ausgewählten Potsdamern und Potsdamerinnen beantworteten mehr als 2.170 den Fragebogen, was einer Rücklaufquote von 43,2 Prozent entspricht.²⁴ Ein Schwerpunkt in der Bürgerumfrage war das Themenfeld „Leben in Potsdam“ selbst. Passend zum Indikator „Wohlfühlen in der Landeshauptstadt Potsdam“ werden drei der sechs Fragen aus diesem Themenfeld im Folgenden wiedergegeben. Die präsentierten, statistisch erfassten Antworten der sich anschließenden Fragen bzw. Aussagen stellen gleichzeitig auch immer die am besten auszuwählende Antwortmöglichkeit in der Bürgerumfrage dar.

5.8.2.1 *Frage: Leben Sie gerne in Potsdam oder würden Sie lieber woanders wohnen, wenn Sie es sich aussuchen könnten?*

Auf die Frage „Leben Sie gerne in Potsdam oder würden Sie lieber woanders wohnen, wenn Sie es sich aussuchen könnten?“ antworteten 87,7 Prozent der Potsdamer EinwohnerInnen ohne Migrationshintergrund und 84,6 Prozent mit Migrationshintergrund mit „Ich lebe gern in Potsdam.“ Anders gesagt bedeutet dies, dass acht bzw. neun von zehn Befragten mit oder ohne Migrationshintergrund gern in Potsdam leben.

²³ Erfasst wurden allerdings nur binationale Eheschließungen und Lebenspartnerschaften, bei denen ein Partner die deutsche und der andere Partner eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit besaß.

²⁴ Quelle: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Statistik und Wahlen

5.8.2.2 Frage: Wie beurteilen Sie – alles in allem genommen – die Lebensqualität in Potsdam?

16,2 Prozent der Potsdamer EinwohnerInnen ohne Migrationshintergrund und 25,2 Prozent mit Migrationshintergrund beantworteten die Frage „Wie beurteilen Sie – alles in allem genommen – die Lebensqualität in Potsdam?“ mit „sehr gut“.

5.8.2.3 Aussage: Bitte beurteilen Sie, inwieweit die unten aufgeführte Eigenschaft „Potsdam ist tolerant.“ ihrer Meinung nach auf Potsdam zutrifft.

Auf die Aussage „Potsdam ist tolerant.“ antworteten 13,5 Prozent der Potsdamer EinwohnerInnen ohne Migrationshintergrund und 19,7 Prozent mit Migrationshintergrund mit der Beurteilung „trifft völlig zu“.

FAZIT

Der Wohlfühlfaktor entspricht einem positiven Bild bei den Potsdamer Einwohnern und Einwohnerinnen, sowohl bei denen mit als auch ohne Migrationshintergrund. Die Tatsache, dass acht bzw. neun von zehn Personen gerne in Potsdam leben, untermauert diese Feststellung. In der Beurteilung der Lebensqualität sowie in der Einschätzung hinsichtlich einer toleranten Landeshauptstadt Potsdam sind die Aussagen der BürgerInnen etwas zurückhaltender. Hervorstechend positiv ist allerdings, dass die Lebensqualität und die Einschätzung zur Toleranz bezogen auf die Landeshauptstadt Potsdam von Einwohnern und Einwohnerinnen mit Migrationshintergrund höher eingestuft wird als von Einwohnern und Einwohnerinnen ohne dieses Merkmal.

5.9 Gesellschaftliche und politische Partizipation

Das Handlungsfeld „gesellschaftliche und politische Partizipation“ spiegelt wider, inwieweit es politisch Aktiven mit Migrationshintergrund möglich ist, innerhalb formeller Formen wie Parteien und Verbänden als auch informeller Formen wie Interessenvereinigungen politisch zu partizipieren und die deutsche Bevölkerung unmittelbar zu repräsentieren.

5.9.1 Politische Partizipation

Die Übernahme eines Mandats ist ein Zeichen direkter politischer Beteiligung. Unter den 56 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam ist eine Person mit Migrationshintergrund im Jahr 2012 vertreten, was einem prozentualen Anteil von 1,8 Prozent entspricht.

Da die Kommunalwahl sowie die Wahl des Migrantenbeirats erst im Frühjahr des Jahres 2014 anstehen, kann noch keine statistische Datenwiedergabe der Repräsentanz von Kan-

didatenInnen mit Migrationshintergrund in diesen Gremien für die kommende Wahlperiode erfolgen. Allerdings lassen die damaligen Zahlen der KandidatenInnenanzahl für die Stadtverordnetenversammlung sowohl die Wahlbeteiligung zum Migrantenbeirat Aussagen zur politischen Partizipation von Einwohnern und Einwohnerinnen mit Migrationshintergrund zu: 2008 hatten nur 0,6 Prozent der KandidatenInnen für die Stadtverordnetenversammlung einen Migrationshintergrund.

Für die Wahl in den Migrantenbeirat sind alle ausländischen EinwohnerInnen der Landeshauptstadt Potsdam wahlberechtigt, die zum Zeitpunkt der Wahl mindestens drei Monate in Potsdam wohnen und älter als 18 Jahre sind. Im letzten Wahljahr 2008 lag die Beteiligung der ausländischen Bevölkerung an der Wahl zum Migrantenbeirat bei 13,1 Prozent, was einem relativ starken Rückgang zur Wahlperiode davor (2003: 18,2 Prozent) entspricht.

5.9.2 Ausländische Beschäftigte in der Stadtverwaltung

Die ersten sozialen Kontakte zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund finden in den Städten und Gemeinden und dort häufig mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der kommunalen Verwaltungen statt. Um die Integrationspolitik nachhaltig zu verbessern bedarf es einer institutionellen Veränderung und zur interkulturellen Öffnung auch in der Verwaltung. Zuletzt genanntes verfolgt das Ziel, einen gleichberechtigten Zugang für alle Bürger und Bürgerinnen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Migrationshintergrund oder auch Geschlecht, Alter, Religion etc. – zu den Angeboten der Verwaltung zu schaffen.²⁵ Interkulturelle Öffnung bedeutet aber auch, die MitarbeiterInnen hinsichtlich interkultureller Kompetenz weiterzubilden und die Sprachenvielfalt innerhalb der Verwaltung zu fördern. Dem ergänzend ist es zusätzlich im Prozess der interkulturellen Öffnung von Bedeutung, organisatorische Veränderungen im Ablauf der Verwaltung bis hin zu Veränderungen in der Personalpolitik, durch die die gesellschaftliche Vielfalt auch in den Beschäftigten in der Verwaltung widergespiegelt werden sollte, einzuführen.

Der Anteil der ausländischen kommunalen Beschäftigten in der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam lag im Jahr 2012 bei 0,3 Prozent, was für einen starken Ausbaubedarf des Beschäftigtenanteils mit Migrationshintergrund in der Verwaltung spricht.

²⁵ Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam, S. 28

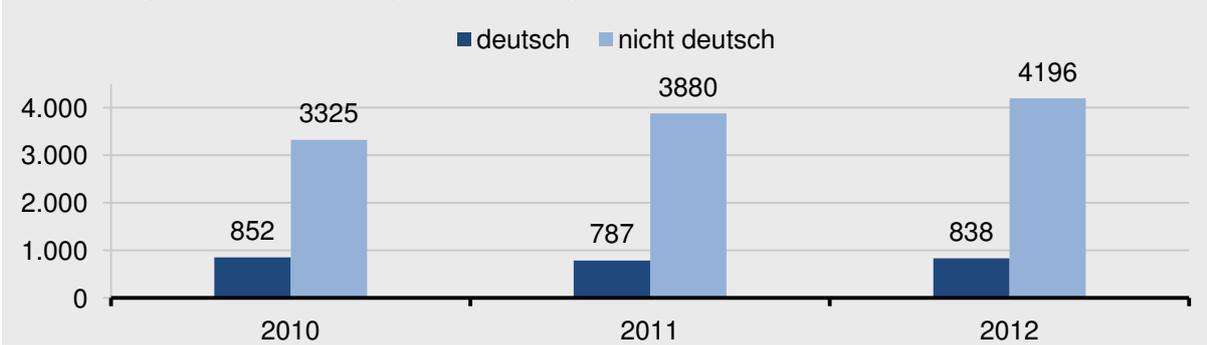
FAZIT

Im Handlungsfeld „gesellschaftliche und politische Partizipation“ gibt es einen starken Handlungsbedarf, um EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund noch stärker in diesen Bereich zu integrieren. Sowohl in der Mitarbeiterstruktur der Verwaltung als auch in der politischen Partizipation der Landeshauptstadt Potsdam liegen sehr geringe Zahlen zu Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, WahlkandidatenInnen und Wahlbeteiligten mit Migrationshintergrund vor. Um sich einem Anliegen des Integrationskonzeptes, dem der interkulturellen Öffnung der Verwaltung, weiter anzunähern, ist es unabdingbar verstärkt eine Veränderung der Personalpolitik herbeizuführen sowie die politische Partizipation der Personen mit Migrationshintergrund zu stärken.

5.10 Sicherheit

Um Aussagen über das Ausmaß und die Entwicklung der registrierten, das bedeutet der Polizei bekannt gewordenen Straftaten zu ermöglichen, erstellt das Bundeskriminalamt jährlich die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Diese errechnet u.a. auch Verhältniszahlen, die der vergleichenden Beurteilung der Kriminalität dienen und worunter sich die Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) subsumieren lässt. Die TVBZ drückt das Verhältnis zwischen den ermittelten Tatverdächtigen und der Bevölkerung aus, errechnet auf jeweils 100.000 EinwohnerInnen des entsprechenden Bevölkerungsteils, jeweils ohne Kinder unter 8 Jahren. Hinsichtlich der Aussagekraft der TVBZ ergeben sich allerdings Grenzen, denen man sich bei der Interpretation der Daten bewusst werden muss: zum einen wird sich nur auf das sogenannte „Helffeld“ berufen. Das bedeutet, ausschließlich der Polizei bekannt gewordene Straftaten und davon auch nur die aufgeklärten Taten finden bei der Auswertung Berücksichtigung. Eine weitere Einschränkung der Aussagekraft beruht zum anderen auf Lücken in der Bevölkerungsstatistik, die bestimmte Teile der Bevölkerung wie Touristen etc. nicht erfasst.²⁶

²⁶ Polizeiliche Kriminalstatistik, 2012

Abbildung 29: Tatverdächtigenbelastungszahl für alle Diebstahlsdelikte

Quelle: Bereich Statistik und Wahlen, 01.12.2012

Die Abbildung 29 zeigt, dass die TVBZs im Zeitvergleich bei der ausländischen Bevölkerung der Landeshauptstadt Potsdam kontinuierlich gestiegen sind (2010: 3325; 2011: 3880; 2012: 4196). Im Vergleich zu den TVBZs bei der deutschen Bevölkerung liegen sie auch wesentlich höher. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass die Anzahl der ausländischen Bevölkerungsgruppe im Gegensatz zur deutschen Bevölkerungsgruppe sehr klein ist und gerade einmal 7.275 (2012) beträgt, was dementsprechend eine hohe TVBZ zur Folge hat.

Betrachtet man die absoluten Zahlen, so liegen für die Landeshauptstadt Potsdam im Jahr 2012 333 ausländische und 1.158 deutsche Tatverdächtige bezogen auf Diebstahlsdelikte vor.

FAZIT

Eine korrekte Interpretation des Kriminalverhaltens ist aufgrund der starken Einflussfaktoren auf die TVBZ nicht einfach zu realisieren. Auch die Beurteilung der „Kriminalitätsbelastung“ von ausländischen Personen ist aus verschiedenen Gründen schwierig und bedarf eines differenzierten und sensiblen Umgangs mit den Daten der PKS.

6. Ausblick

Mit dem vorliegenden zweiten Bericht zum Integrationsmonitoring der Landeshauptstadt Potsdam 2013 ist eine Entscheidungsgrundlage für zukünftige integrationspolitische Maßnahmen geschaffen worden. Um weiterhin den Integrationsprozess beobachten zu können, ist die regelmäßige Fortschreibung des Integrationsmonitorings entscheidend sowie eine Verbesserung der Datenverfügbarkeit hinsichtlich der Differenzierungsmerkmale mit bzw. ohne Migrationshintergrund für die kommenden Jahre anzustreben.

Anlage: Indikatoren

Indikator	Personen- gruppe	Jahr	a) AusländerInnen b) Menschen mit Migrationshinter- grund c) Menschen mit nichtdeutscher Mut- tersprache bzw. Menschen, die zwei- sprachig sind	a) Deutsche b) Menschen ohne Migrationshinter- grund c) Menschen mit Muttersprache deutsch
-----------	---------------------	------	---	--

Handlungsfeld 1: Rechtliche Integration

1.01	Anteil der AusländerInnen mit unbefristetem Aufenthaltsstatus und UnionsbürgerInnen an allen Ausländern und Ausländerinnen	a	2010	66,6 %	
			2011	64,1 %	-
			2012	63,5 %	
1.02	Anteil der AusländerInnen mit Aufenthaltsdauer 20 Jahre und mehr an allen Ausländern und Ausländerinnen im Alter von 20 Jahren und mehr	a	2010	9,6 %	
			2011	8,0 %	-
			2012	9,7 %	

Handlungsfeld 2: Bildung

2.01	Anteil der einzuschulenden Kinder mit Besuch eines Kindergartens (mind. 3-jähriger Besuch)	c	2010	77,0 %	94,2 %
			2011	86,8 %	93,7 %
			2012	70,3 %	91,1 %
2.02	Anteil der SchülerInnen an Gymnasien (Jahrgang 8)	a	2010	48,8 %	45,2 %
			2011	8,0 %	46,4 %
			2012	9,7 %	51,1 %
2.03	Anteil der SchülerInnen an Oberschulen (Jahrgang 8)	a	2010	20,9 %	12,3 %
			2011	43,5 %	13,9 %
			2012	35,0 %	12,6 %
2.04	Anteil der SchulangängerInnen mit Fachhochschul- bzw. allgemeiner Hochschulreife	a	2010	34,8 %	61,7 %
			2011	51,0 %	57,9 %
			2012	54,8 %	67,4 %
2.05	Anteil der SchulabgängerInnen ohne Schulabschluss	a	2010	8,7 %	4,1 %
			2011	17,4 %	3,9 %
			2012	4,3 %	3,6 %

Indikator	Personen- gruppe	Jahr	a) AusländerInnen b) Menschen mit Migrationshinter- grund c) Menschen mit nichtdeutscher Mut- tersprache bzw. Menschen, die zwei- sprachig sind	a) Deutsche b) Menschen ohne Migrationshinter- grund c) Menschen mit Muttersprache deutsch
-----------	---------------------	------	---	--

Handlungsfeld 3: Arbeit und Wirtschaft

3.01	Anteil der Beschäftigten in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren	a	2010	23,0 %	58,1 %
			2011	26,8 %	58,8 %
			2012	29,8 %	60,0 %
3.02	Saldo der an- und abgemeldeten Gewerbe von Einwohnern und Einwohnerinnen	a	2010	1,1 %	0,2 %
			2011	0,6 %	0,3 %
			2012	0,1 %	0,1 %
3.03	Anteil der Auszubildenden im Alter von 15 bis unter 25 Jahren	a	2010	3,4 %	16,4 %
			2011	5,2 %	15,9 %
			2012	2,8 %	11,4 %
3.04	Arbeitslosenquote	a	2010	11,1 %	5,8 %
			2011	9,7 %	5,3 %
			2012	9,4 %	5,6 %
3.05	Arbeitslosenquote der unter 25-jährigen EinwohnerInnen	a	2010	3,0 %	3,8 %
			2011	3,4 %	3,6 %
			2012	1,9 %	3,2 %

Handlungsfeld 4: Soziale Sicherung

4.01	Empfängeranteil von SGB II und SGB XII	a	2010	33,4 %	9,7 %
			2011	32,9 %	9,3 %
			2012	30,7 %	9,0 %
4.02	Empfängeranteil von SGB II und SGB XII von Kindern unter 15 Jahren	a	2010	42,4 %	16,8 %
			2011	49,9 %	16,4 %
			2012	44,9 %	16,2 %
4.03	Empfängeranteil von SGB II und SGB XII der mind. 65-jährigen EinwohnerInnen	a	2010	77,5 %	1,4 %
			2011	74,7 %	1,6 %
			2012	71,1 %	1,7 %

Handlungsfeld 5: Wohnen

5.01	Segregationsindex	a	2010	9,9 %
			2011	10,5 %
			2012	9,2 %

Handlungsfeld 6: Sprache

6.01	Kinder mit Sprachförderbedarf in der deutschen Sprache	b	2011	36,6 %	10,8 %
			2012	36,3 %	9,3 %

Indikator	Personen- gruppe	Jahr	a) AusländerInnen b) Menschen mit Migrationshinter- grund c) Menschen mit nichtdeutscher Mut- tersprache bzw. Menschen, die zwei- sprachig sind	a) Deutsche b) Menschen ohne Migrationshinter- grund c) Menschen mit Muttersprache deutsch
-----------	---------------------	------	---	--

Handlungsfeld 7: Gesundheit

7.01	Anteil der einzuschulenden Kinder mit Teilnahme an der U9-Untersuchung	c	2010	88,7 %	89,0 %
			2011	78,0 %	89,6 %
			2012	77,9 %	83,7 %
7.02	Anteil der einzuschulenden Kinder mit vollständiger Teilnahme an den U1 bis U6-Untersuchungen	c	2010	81,7 %	94,9 %
			2011	72,0 %	94,5 %
			2012	80,5 %	95,6 %
7.03	Anteil der einzuschulenden Kinder mit vollständiger Teilnahme an den U7 bis U9-Untersuchungen (ohne 7a)	c	2010	63,4 %	78,7 %
			2011	52,0 %	82,0 %
			2012	64,9 %	79,4 %
7.04	Einzuschulende Kinder mit medizinisch relevanten Befund	c	2010	57,0 %	40,9 %
			2011	55,9 %	42,4 %
			2012	47,7 %	38,5 %

Handlungsfeld 8: Soziale Integration

8.01	Anteil binationaler Ehen und eingetragene Lebenspartnerschaften	a	2010	7,6 %	
			2011	7,9 %	
			2012	8,0 %	
8.02	Wohlfühlen in der Landeshauptstadt Potsdam: 1) Leben Sie gerne in Potsdam oder würden Sie lieber woanders wohnen, wenn Sie es sich aussuchen könnten? 2) Wie beurteilen Sie – alles in allem genommen – die Lebensqualität in Potsdam? 3) Bitte beurteilen Sie, inwieweit die unten aufgeführte Eigenschaft „Potsdam ist tolerant.“ ihrer Meinung nach auf Potsdam zutrifft.	<u>Antwort:</u>			
			Ich lebe gern in Potsdam.	84,6 %	87,7 %
		b	Sehr gut	25,2 %	16,2 %
			Trifft völlig zu	19,7 %	13,5 %

Indikator	Personen- gruppe	Jahr	a) AusländerInnen b) Menschen mit Migrationshinter- grund c) Menschen mit nichtdeutscher Mut- tersprache bzw. Menschen, die zwei- sprachig sind	a) Deutsche b) Menschen ohne Migrationshinter- grund c) Menschen mit Muttersprache deutsch
-----------	---------------------	------	---	--

Handlungsfeld 9: Gesellschaftliche und politische Partizipation

9.01	Anteil der Mitglieder mit Migrationshintergrund in der Stadtverordnetenversammlung	b	2012	1,8 %
9.02	Anteil der ausländischen Beschäftigten in der Stadtverwaltung Potsdam	a	2012	0,3 %

Handlungsfeld 10: Sicherheit

10.01	Tatverdächtigenbelastungszahl für alle Diebstahlsdelikte	a	2010	3325	852
			2011	3880	787
			2012	4196	838

Glossar

BbgGDG	Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz
BbgSchulG	Brandenburgisches Schulgesetz
GV	Grundschulverordnung